

# Geschäftsbericht 2010

# Bericht des Aufsichtsrates

**Der Aufsichtsrat gibt im nachfolgenden Bericht Rechenschaft über seine Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010. Darin erläutert er seinen Dialog mit dem Vorstand, die Schwerpunkte der Beratungen im Plenum, die Arbeit der Ausschüsse sowie die Einhaltung der Corporate Governance, die Jahresabschlussprüfung sowie die Veränderungen in den Organen:**

## Zusammenwirken von Aufsichtsrat und Vorstand

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr 2010 den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beratend begleitet und nach den ihm im Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben und Pflichten unter Beachtung der Empfehlungen des Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe mit großer Sorgfalt überwacht. Hierzu hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand ausführlich durch schriftliche und mündliche Berichte über die Geschäftspolitik, die Geschäftslage und -entwicklung, die Rentabilität sowie die Unternehmensplanung einschließlich der Finanz-, Investitions- und Personalplanung der Gesellschaft als auch über die Risikolage und das Risikomanagement unterrichten lassen. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Planungen wurden detailliert erläutert. Der Aufsichtsrat hat die Berichte des Vorstandes eingehend diskutiert und die Entwicklungsperspektiven des Unternehmens und einzelner Arbeitsgebiete mit dem Vorstand erörtert. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung war der Aufsichtsrat eingebunden. Nach gründlicher Prüfung und Beratung hat der Aufsichtsrat zu den Berichten und Beschlussvorschlägen des Vorstandes, soweit dies nach Gesetz und Satzung erforderlich war, sein Votum gegeben.

Der Aufsichtsratsvorsitzende stand in einem regelmäßigen Kontakt mit dem Vorstand und hat sich in gesonderten Gesprächen mit dem Vorstand zur aktuellen Entwicklung der Geschäftslage und über wesentliche Geschäftsvorfälle sowie die Perspektiven der einzelnen Segmente informiert.

Insgesamt kam das Plenum im Berichtsjahr zu fünf ordentlichen und einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Dabei nahm kein Aufsichtsratsmitglied an weniger als der Hälfte der Sitzungen teil. Die durchschnittliche Präsenzquote lag bei über 85 %. Alle Mitglieder des Vorstandes nahmen regelmäßig an den Sitzungen teil. Die von den Gesellschaftern und von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder des Aufsichtsrates haben die

Sitzungen in getrennten Vorbesprechungen vorbereitet. Der Aufsichtsrat hat zudem zwei Beschlüsse im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst.

## Schwerpunkte der Beratungen im Plenum

Ein besonderer Schwerpunkt der Überwachungstätigkeit des Aufsichtsrates im Jahr 2010 lag bei Fragen der Strategie für eine wettbewerbsfähige Aufstellung der Berliner Wasserbetriebe aufgrund sich ändernder Marktbedingungen, der aktuellen Geschäftslage sowie den internen Prozessoptimierungen. Eingehend beschäftigte sich der Aufsichtsrat mit der Ausrichtung des Investitionsprozesses, umweltpolitischen Anforderungen an die Berliner Wasserbetriebe sowie dem Energiemanagement, insbesondere zur Einsparung von CO<sub>2</sub>-Emissionen als auch dem verstärkten Einsatz regenerativer Energieträger. Ein herausragendes Thema war der Verlauf und mögliche Auswirkungen der Überprüfung des Trinkwasserpreises der Berliner Wasserbetriebe durch das Bundeskartellamt, das mehrfach intensiv diskutiert wurde.

Gegenstand ausführlicher Beratungen war die Errichtung von drei Windkraftanlagen auf dem Gelände des Klärwerks Schönerlinde, der Besitzüberlassungsvertrag des ehemaligen Klärwerks Falkenberg mit dem Land Berlin sowie die Entwicklung des Personalumbaus und des Überhangmanagements. Auf besonderen Wunsch ließ sich der Aufsichtsrat über die Vergabepraxis, das Raumnutzungskonzept sowie die Maßnahmen zur Senkung der vom Unternehmen beeinflussbaren Kostenpositionen informieren. Daneben widmete sich der Aufsichtsrat den Handlungsfeldern des gemeinsamen wasserwirtschaftlichen Aktionsplans mit der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz sowie der Verbesserung der Ökobilanz. Mehrfach wurden die Tarifikalkulation und der Wirtschaftsplan intensiv mit dem Vorstand diskutiert und abschließend genehmigt. Regelmäßig hat sich der Aufsichtsrat mit dem Vorstand über die Umsatz- und Ergebnisentwicklung, die Finanzlage der Berliner Wasserbetriebe, der Personalsituation sowie grundsätzliche Fragen der Unternehmenspolitik und Strategie beraten.

Der Aufsichtsrat hat sich zudem mit den gesetzlichen Änderungen infolge des Gesetzes zur Angemessenheit der

Vorstandsvergütung und des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes sowie der Änderungen der Corporate-Governance-Regelungen auseinandergesetzt und die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat sowie den Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe den geänderten Rahmenbedingungen entsprechend angepasst.

### Arbeit der Ausschüsse

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat insgesamt zwei Ausschüsse eingerichtet, welche die Beschlüsse des Aufsichtsrates sowie Themen, die im Plenum zu behandeln sind, vorbereiten. In Einzelfällen wurden im gesetzlichen Rahmen Entscheidungsbefugnisse des Aufsichtsrates an Ausschüsse übertragen.

Der Wirtschafts- und Prüfungsausschuss tagte im abgelaufenen Geschäftsjahr in sechs Sitzungen. Hierbei befasste sich das Gremium in Gegenwart des Abschlussprüfers ausführlich mit dem Jahresabschluss und der Festlegung der Prüfungsschwerpunkte. Gegenstand ausführlicher Beratungen waren die Prüfung des Risikomanagementsystems, die Erteilung des Prüfungsauftrages an den Abschlussprüfer sowie den Tarifprüfer, die Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers durch die Einholung der Erklärung sowie die Festlegung des Honorars. Der Wirtschafts- und Prüfungsausschuss begleitete zudem das Ausschreibungsverfahren des Jahresabschlussprüfers ab dem Geschäftsjahr 2011 sowie der Tarifprüfer für die Folgejahre.

Themenschwerpunkte waren weiterhin Investitionsvorhaben und deren Monitoring, die Tarifikalkulation und die Wirtschaftsplanung sowie die Berichte zur wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des Unternehmens. Intensiv setzten sich Aufsichtsrat und Prüfungsausschuss mit dem zukünftigen gruppenweiten Compliance-Management-System auseinander, das in alle Geschäftsfelder und Zentralfunktionen eingebettet wird, um Rechtsverstößen vorzubeugen und den Grundwert Integrität im Unternehmen noch stärker zu verankern. Erörtert wurde die weitere Steuerung der Umsetzung sowie die Weiterentwicklung zu einem systematischen Compliance- und Risikomanagementsystem.

Der Personalausschuss kam im Geschäftsjahr 2010 zu vier Sitzungen zusammen und erörterte Detailfragen der einzelnen

leistungsbezogenen Bewertungskriterien der Vorstandsvergütung und legte die Zielvereinbarungen fest. Er befasste sich mit der Überprüfung der Struktur des Vergütungssystems des Vorstandes sowie der Wiederbestellung von Herrn Frank Bruckmann als Vorstand Finanzen. Darüber hinaus prüfte und billigte er den Vergütungsbericht sowie die kurz- und mittelfristige Personalplanung und Personalkosten. Zwei Beschlussfassungen erfolgten im schriftlichen Umlaufverfahren.

Die Ausschussvorsitzenden berichteten jeweils nach den Sitzungen an den Aufsichtsrat über die Arbeit der Ausschüsse und die erzielten Ergebnisse.

### Corporate Governance Kodex

Der Aufsichtsrat hat sich im Berichtsjahr kontinuierlich mit der Weiterentwicklung der Corporate Governance befasst und berücksichtigte dabei gesetzliche Änderungen. Hierzu gehörte vor allem der überarbeitete Deutsche Corporate Governance Kodex sowie die Beteiligungshinweise des Landes Berlin sowie das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz, die Basis der Beschlussfassung der Änderungen des Unternehmenskodex in der Sitzung am 04.03.2010 waren. Der vom Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz geforderten Besetzung des Prüfungsausschusses mit mindestens einem Finanzexperten wurde Rechnung getragen.

Vorstand und Aufsichtsrat haben gemeinsam eine aktualisierte Entsprechenserklärung in entsprechender Anwendung des § 161 AktG verabschiedet. Diese wurde auf der Internetseite des Unternehmens dauerhaft zugänglich gemacht.

Zudem hat der Aufsichtsrat die Effizienz seiner Tätigkeit in 2010 überprüft. Die Ergebnisse der Effizienzprüfung werden Gegenstand der Beratungen in einer Aufsichtsratssitzung in 2011.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Senator Harald Wolf, hat zur Umgehung eines möglichen Interessenkonfliktes und zur Wahrung seiner Unabhängigkeit als oberster Dienstherr der Landeskartellbehörde eine Preisprüfungskontrolle des Landeskartellamtes auf die Angemessenheit der Berliner Wasserpreise an das Bundeskartellamt übergeben. Eine möglicherweise aufgetretene Interessenkollision wurde dem Aufsichtsrat gegenüber offengelegt und ausreichend im Plenum diskutiert. Interessenkonflikte bei den weiteren Mitgliedern des Aufsichtsrates oder des Vorstandes traten nicht auf.

## Jahresabschlussprüfung

Die KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, wurde vom Wirtschafts- und Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates entsprechend dem Beschluss der Gewährträgersammlung als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 bestellt. Gegenstand der Prüfungshandlung des Abschlussprüfers war der vom Vorstand vorgelegte und nach den Regeln des Handelsgesetzbuches aufgestellte Jahresabschluss der Berliner Wasserbetriebe sowie der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010. Der Jahresabschluss der Berliner Wasserbetriebe wurde geprüft und mit Datum vom 28. Januar 2011 mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk versehen. Aufgrund der Stellungnahme des Bundeskartellamtes im Kartellverfahren gegen die Berliner Wasserbetriebe vom 28. Februar 2011 wegen des Verdachts missbräuchlich überhöhter Trinkwasserpreise wurde die Jahresabschlussprüfung des Aufsichtsrates vertagt. Infolge dessen wurde der Lagebericht geändert und eine Nachtragsprüfung durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durchgeführt, die mit Datum vom 23. Mai 2011 ebenfalls mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen wurde.

Des Weiteren hat der Abschlussprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung das Risikomanagementsystem geprüft und keine Einwände erhoben.

Der Aufsichtsrat hat die Jahresabschlussunterlagen, die Berichte des Abschlussprüfers und den Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes rechtzeitig vor der Sitzung erhalten. Sie wurden vorab im Wirtschafts- und Prüfungsausschuss am 24. Februar 2011 sowie am 08. Juni 2011 sowie in der Sitzung des Aufsichtsrates am 15. Juni 2011 ausführlich diskutiert. An den Beratungen nahm der Abschlussprüfer teil, erläuterte die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und stand für ergänzende Fragen und Auskünfte zur Verfügung. Nach eigener sorgfältiger Prüfung und Diskussion der vorgelegten Unterlagen sowie auf Empfehlung des Wirtschafts- und Prüfungsausschusses hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss sowie den geänderten Lagebericht der Berliner Wasserbetriebe gebilligt, der damit festgestellt ist. Dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes hat sich der Aufsichtsrat angeschlossen.

## Besetzung von Aufsichtsrat und Vorstand

In der personellen Zusammensetzung des Aufsichtsrates haben sich folgende Veränderungen ergeben: Sämtliche Mandate der Vertreter der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat endeten mit Wir-

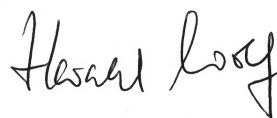
kung zum Ablauf des 31. Januar 2010. Mit Beschluss des Gesamtpersonalrates wurden folgende Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe gewählt: Andreas Bockelmann, Roland Jäschke, Heinz Kielies, Karsten Malareck, Lutz Neetzel, Veronika Hannemann, Angela Mentzel, Sabine Thonke, und zwar mit Wirkung zum 01. Februar 2010. Vor diesem Hintergrund waren die Ausschüsse des Aufsichtsrates ebenfalls neu zu besetzen. Zudem wurde Lutz Neetzel erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates bestellt.

Mit Wirkung zum 31. Januar 2010 sind Wolfgang Abitz und Thomas Thiele aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Beim Vorstand hat sich folgende Wiederbestellung ergeben: Der Aufsichtsrat hat Herrn Frank Bruckmann für den Zeitraum 01. Januar 2011 bis 31. Dezember 2015 erneut zum Mitglied des Vorstandes wiederbestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den ausgeschiedenen Mitgliedern und dem Vorstand für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und deren Engagement zum Wohle des Unternehmens. Der Aufsichtsrat dankt ferner den Personalvertretern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete erfolgreiche Arbeit im Geschäftsjahr 2010.

Berlin, 15. Juni 2011



Senator Harald Wolf  
Vorsitzender des Aufsichtsrates

# Berliner Wasserbetriebe, AöR, Berlin

## Geänderter Bericht über die Lage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010

### 1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Berliner Wasserbetriebe sind Deutschlands größtes Unternehmen für Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung aus einer Hand. Wasser ist unser Auftrag – für 3,4 Millionen Berlinerinnen und Berliner sowie Einwohner benachbarter Kommunen in Brandenburg, die mit Trinkwasser versorgt werden und deren Abwasser abgeleitet und gereinigt wird. Als eine Anstalt des öffentlichen Rechts sind die Berliner Wasserbetriebe Kern der 1999 teilprivatisierten Berlinwasser Unternehmensgruppe. Die Teilprivatisierung erfolgte in der Form, dass sich die Berlinwasser Holding AG mit 49,9 % als stiller Gesellschafter an den Berliner Wasserbetrieben beteiligte. 50,1 % der Anteile befinden sich nach wie vor im Besitz des Landes Berlin. Den maßgeblichen Rechtsrahmen bilden das Berliner Betriebe-Gesetz und die Wassertarifverordnung Berlin.

Wichtigster Absatzmarkt ist für die Wasserbetriebe das Berliner Stadtgebiet. Sie versorgen die deutsche Hauptstadt mit Trinkwasser und behandeln deren Abwasser. 2010 wurden 189,4 Mio. m<sup>3</sup> Trinkwasser verkauft (Vorjahr: 188,8 Mio. m<sup>3</sup>). Dazu betreiben die Berliner Wasserbetriebe neun Wasserwerke mit mehr als 700 Tiefbrunnen, die Grundwasser für die Trinkwasserversorgung fördern. Das Rohrnetz mit einer Länge von 7.886 km (Vorjahr: 7.889 km) bringt das frische Trinkwasser zu den Berlinerinnen und Berlinern. Nach Gebrauch gelangt es über das 9.571 km lange Kanalnetz (Vorjahr: 9.541 km) zu einem der sechs vom Unternehmen betriebenen Klärwerke. 1.154 km Druckleitungen (Vorjahr: 1.173 km) vernetzen die 150 Abwasserpumpwerke mit den Klärwerke. 2010 reinigten alle Klärwerke 239,8 Mio. m<sup>3</sup> Abwasser (Vorjahr: 234,4 Mio. m<sup>3</sup>).

Auch über das Berliner Stadtgebiet hinaus sind die Wasserbetriebe tätig. 24,3 Mio. m<sup>3</sup> der Reinigungsleistung der Klärwerke wurde 2010 für das Land Brandenburg erbracht (Vorjahr: 23,4 Mio. m<sup>3</sup>). Insgesamt sind 41 Städte und Gemeinden mit über 535.000 Einwohnern an die Berliner Kläranlagen angeschlossen. Rund 75.000 Einwohner Brandenburgs werden mit Berliner Trinkwasser versorgt. An sie wurden 2010 rund 3,7 Mio. m<sup>3</sup> verkauft (Vorjahr: 3,6 Mio. m<sup>3</sup>).

Die Berliner Wasserbetriebe haben in fünf Projekten die Betriebsführung für die Trinkwasserversorgungs- bzw. Abwasserentsorgungsanlagen von brandenburgischen Gemeinden bzw. deren Zweckverbänden übernommen, zum Teil einschließlich der damit verbundenen kaufmännischen Leistungen.

Die langfristige Sicherung der Trinkwasserversorgung Berlins ist wichtigstes Anliegen der Berliner Wasserbetriebe. Da die

Versorgung fast nur aus dem Stadtgebiet heraus erfolgt, liegt ein besonderes Augenmerk auf der Überwachung des Wasserkreislaufs – also der Gewinnung von Grundwasser über dessen Aufbereitung und Verteilung, dem Transport des gebrauchten Wassers zu den Klärwerken und schließlich der Reinigung des Abwassers und der Zuführung des geklärten Abwassers in die Gewässer. Die Berliner Wasserbetriebe sind in zahlreiche Forschungsaktivitäten rund um den Wasserkreislauf eingebunden. Dies erfolgt hauptsächlich im Verbund mit dem Kompetenzzentrum Wasser Berlin und weiteren namhaften Forschungseinrichtungen.

Das Unternehmen ist nach den Standards für Qualitäts- und Umweltmanagement DIN EN ISO 9001 und DIN EN ISO 14001 sowie nach OHSAS 18001 (Arbeits- und Gesundheitsschutz) zertifiziert.

### Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

Die Umsatzerlöse liegen bei 1,2 Mrd. € (Vorjahr: 1,2 Mrd. €). Das Unternehmensergebnis EBIT<sup>1</sup> beträgt 403,5 Mio. € (Vorjahr: 391,2 Mio. €). Vor allem die vierwöchige Hitzeperiode im Juni und Juli hat den Wassergebrauch und damit die Umsatzerlöse positiv beeinflusst. Während der kühleren Monate ist jedoch der Trinkwasserverkauf hinter den Erwartungen zurückgeblieben, so dass insgesamt der Verkauf unter Planniveau liegt. Zur Stabilisierung der Umsatzerlöse trägt auch die zunehmend stärkere Gewichtung des Grundpreises bei. 80 % aller Kosten der Berliner Wasserbetriebe sind mengenunabhängig. Diese Kostenstruktur muss sich langfristig stärker im Tarifsysteem widerspiegeln. Erstmals ab 2010 wurden die Tarife für zwei Jahre kalkuliert, auch um die Tarife zu stabilisieren.

In der Region Berlin-Brandenburg sind die Berliner Wasserbetriebe einer der größten Arbeitgeber, Ausbilder und Auftraggeber. Gegenwärtig sind im Unternehmen 4.638 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (3.861 Personenjahre, Vorjahr: 4.712 Beschäftigte bzw. 3.948 Personenjahre). Die Berliner Wasserbetriebe sind ein traditionsreiches Ausbildungsunternehmen. In 2010 wurden 344 Auszubildende (Vorjahr: 371) in 25 Berufen ausgebildet. Die Berliner Wasserbetriebe haben den dritten Platz beim Wettbewerb der Industrie- und Handelskammer Berlin „Bester Ausbildungsbetrieb Berlin 2010“ belegt. Besonders ge-

<sup>1</sup> Ergebnis vor Ertragsteuern, Aufwendungen aus Teilgewinnabführung, Erträgen aus Verlustübernahme stiller Gesellschafter, außerordentlichem Ergebnis, Zinsergebnis und Beteiligungsergebnis

lobt wurde die Attraktivität der Ausbildungsplätze als auch das vorbildliche Engagement im Bereich der Ausbildung. Darüber hinaus bieten die Berliner Wasserbetriebe einwöchige Schnupperpraktika im Rahmen des Projektes „Berlin braucht Dich!“ an und unterstützen somit nachhaltig das zweite Pilotprogramm in Folge.

Rund 85% des Einkaufsvolumens (ca. 385 Mio.€, Vorjahr: 391 Mio.€) bleiben in der Region. Im Jahr 2010 haben die Berliner Wasserbetriebe 270,2 Mio.€ (Vorjahr: 278,5 Mio.€) in das Anlagevermögen investiert. Davon entfielen auf die Wasserversorgung 98,8 Mio.€ (Vorjahr: 107,5 Mio.€) und auf die Entwässerung 171,4 Mio.€ (Vorjahr: 171,0 Mio.€).

Im März 2010 wurde vom Bundeskartellamt ein Kartellverfahren gegen die Berliner Wasserbetriebe wegen des Verdachts missbräuchlich überhöhter Trinkwasserpreise eingeleitet. Das Verfahren wird vom Bundeskartellamt insbesondere mit der Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 2. Februar 2010 in Sachen „Wasserpreise Wetzlar“ gerechtfertigt. Das Bundeskartellamt wird die Berliner Wasserpreise auch im Vergleich zu denen anderer Versorger beurteilen. Dazu sind dem Amt alle notwendigen Informationen bereitgestellt worden. Durch die Vorschriften des Berliner Betriebe-Gesetzes und die Wassertarifverordnung des Landes Berlin sind die Berliner Wasserbetriebe seit 1999 an, im deutschlandweiten Vergleich, höchst konsequent geregelte gesetzliche Vorgaben rechtlich verpflichtend gebunden. Diese Regelungen bestimmen detailliert, welche Kosten im Tarif berücksichtigt werden müssen und welche nicht. Sowohl die vom Aufsichtsrat beauftragten Wirtschaftsprüfer als auch die zuständige Tarifgenehmigungsbehörde des Landes Berlin sowie mehrere Gerichte haben den Berliner Wasserbetrieben stets die korrekte Anwendung der Berliner Landesgesetze mit der jährlichen Genehmigung der Wasser- und Abwassertarife bescheinigt.

Im Juli unterzeichneten die Berliner Wasserbetriebe und die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz einen Aktionsplan. Er legt gemeinsame Positionen fest, wie das Ziel eines nachhaltigen Gewässerschutzes im Einklang mit qualitativ hochwertiger und wirtschaftlicher Trinkwasserbereitstellung und Abwasserentsorgung erreicht werden kann.

In der Klimaschutzvereinbarung mit dem Land Berlin hat sich das Unternehmen verpflichtet, gegenüber 2005 jährlich 35.000 Tonnen CO<sub>2</sub> zu vermeiden. Den Berliner Wasserbetrieben ist es jedoch gelungen, bis Ende 2010 rund 50.000 Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich zu vermeiden. Dazu trägt auch der umweltfreundlichere Strommix bei, aus dem sich der eingekaufte Strom zu-

sammensetzt. Außerdem werden die Berliner Wasserbetriebe mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen, weil sie nicht nur mehr Strom selbst erzeugen, sondern auch der Energiebedarf durch zahlreiche Maßnahmen im Betrieb der Anlagen gesenkt werden konnte. Die Energieträger für den selbst erzeugten Strom sind ausschließlich aus erneuerbaren Quellen – allen voran Klärschlamm und Klärgas. Aber auch aus Sonne und Fetten wird Energie gewonnen, ab 2011 auch aus Wind.

Die Berliner Wasserbetriebe fühlen sich dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet. Das ökologische Bewusstsein ist durch die besondere Nähe der Produkte Trinkwasser und Abwasser zur Natur und Umwelt seit jeher stark ausgeprägt. Ein behutsamer Umgang mit den Ressourcen stellt einen wichtigen Grundsatz des Handelns dar.

Als bedeutender Arbeitgeber prägen die Berliner Wasserbetriebe mit ihrem Engagement zum Wohle der Beschäftigten die Berliner Landschaft öffentlicher Unternehmen. Dazu gehört nicht nur das Wertschätzen der Vielfalt der Beschäftigten, sondern auch das aktive Fördern der Gesundheit und das Entwickeln und Binden von Talenten. Mit einem Umsatz von mehr als 1,2 Mrd. € ist das Unternehmen ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort Berlin. Ein ausführlicher Bericht zum Engagement der Berliner Wasserbetriebe in puncto Nachhaltigkeit wird 2011 erscheinen.

## 2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

### Ertragslage

Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) zum 31. Dezember 2010 beläuft sich auf 403,5 Mio. € (Vorjahr: 391,2 Mio. €) und liegt damit um 12,3 Mio. € über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

### Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 T€	%	2009 T€	%
Umsatzerlöse	1.194.250	89	1.183.137	89
Erhöhung (+) / Verminderung (-) des Bestandes an unfertigen Leistungen	-1.781	0	-139	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	50.862	4	54.790	4
Sonstige betriebliche Erträge	94.462	7	87.640	7
<b>Gesamtleistung</b>	<b>1.337.793</b>	<b>100</b>	<b>1.325.428</b>	<b>100</b>
Materialaufwand	328.298	25	321.620	24
Personalaufwand	257.162	19	258.577	20
Abschreibungen	255.109	19	249.533	19
Sonstige betriebliche Aufwendungen und sonstige Steuern	93.684	7	104.500	8
<b>Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)</b>	<b>403.540</b>	<b>30</b>	<b>391.198</b>	<b>29</b>
Beteiligungsergebnis	42	0	106	0
Finanzergebnis	-102.342	-7	-104.779	-8
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>301.240</b>	<b>23</b>	<b>286.525</b>	<b>21</b>
Außerordentliches Ergebnis	-4.848	0	0	0
<b>Ergebnis vor Steuern (PBT)</b>	<b>296.392</b>	<b>22</b>	<b>286.525</b>	<b>22</b>
Aufwendungen aus Teilgewinnabführungsverträgen	131.992	10	137.328	10
Verlustübernahme stiller Gesellschafter	8.140	1	8.600	1
Steuer von Einkommen und Ertrag	13.667	1	-9.820	-1
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>158.873</b>	<b>12</b>	<b>167.617</b>	<b>13</b>

Die Umsatzerlöse sind insgesamt um 11,1 Mio. € auf 1.194,3 Mio. € gestiegen. Die Umsatzerlöse aus Wasserverkauf liegen mit 4,0 Mio. € über dem Niveau des Vorjahres. Neben höheren Erlösen aus Grundpreisen entwickelte sich der Wasserverkauf mit einer Erhöhung um 0,7 Mio. m<sup>3</sup> auf 193,0 Mio. m<sup>3</sup> positiv. Gegenläufig wirkten sich aperiodische Umsatzerlöse und die Absenkung des Mengenpreises aus. Die Umsatzerlöse aus Entwässerungsleistungen sind gegenüber dem Vorjahr um 3,6 Mio. € gestiegen. Neben höheren Erlösen aus Grundpreisen sind höhere Erlöse aus Niederschlagswasser zu verzeichnen. Der geringere Mengenpreis für Schmutzwasser, aperiodische Umsatzerlöse

und das 2010 gesunkene Verhältnis zwischen Wasserverkauf und Entwässerungsleistungen reduzierten die Umsatzerlöse. Die Erträge aus Hausanschlussarbeiten und die Erträge aus der Auflösung passivierter Baukostenzuschüsse verzeichnen insgesamt einen Zuwachs um 3,5 Mio.€.

Die sonstigen betrieblichen Erträge fallen gegenüber dem Vorjahr um 6,8 Mio.€ höher aus. Die Veränderungen ergeben sich insbesondere durch höhere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, u.a. aufgrund der Anpassung des an das Land Berlin zu entrichtenden Sondernutzungsentgelts für die im Straßengrund Berlins befindlichen Trinkwasserrohr-, Schmutz- und Mischwasserkanalnetze (Konzessionsabgabe), Kostenerstattungen von Dritten sowie durch Investitionen in das Klärwerk Waßmannsdorf, die durch die TELO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kläranlage Waßmannsdorf KG (TELO KG) erstattet werden. Wesentlich verringerte Positionen sind der Rückgang der Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen und Erträge aus Schadenersatz.

Der Materialaufwand liegt insgesamt um 6,7 Mio.€ über dem Vorjahresniveau, insbesondere aufgrund des Anstiegs bei den Energie- und Brennstoffkosten. Insgesamt weisen die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe gegenüber dem Vorjahr nur eine geringe Veränderung aus. Bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg zu verzeichnen, der auf die Fremdleistungen für Investitionen für das Klärwerk Waßmannsdorf, die durch die TELO KG erstattet werden, zurückzuführen ist.

Der Personalaufwand liegt bei 257,2 Mio.€ und damit um 1,4 Mio.€ unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Aus dem Tarifanstieg für 2010 in Höhe von 2,1% ergibt sich ein Anstieg des Personalaufwandes. Gegenläufig wirkt jedoch der geringere Personalbestand (-87 Personenjahre) zum Dezember 2010 gegenüber dem Vorjahr.

Die planmäßigen Abschreibungen liegen in 2010 um 5,6 Mio.€ über denen des Vergleichszeitraums.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und die sonstigen Steuern liegen mit 93,7 Mio.€ um 10,8 Mio.€ unter denen des Vorjahres. Hier werden insbesondere die geringeren an das Land Berlin zu zahlenden Beträge für das Sondernutzungsentgelt sowie gegenüber dem Vorjahr geringere Beträge für Alterszeit und Vorruhestand ausgewiesen.

Das Finanzergebnis liegt bei -102,3 Mio.€ und fällt damit besser aus als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Ursache dafür ist im Wesentlichen eine geringere Zinsbelastung, insbesondere auf langfristige Darlehen.

Das außerordentliche Ergebnis beträgt 2010 rund 4,8 Mio.€ aufgrund der erstmaligen Anwendung des HGB in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG). Gemäß Einführungsgesetz zum HGB sind alle Aufwendungen, die sich aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG ergeben, im außerordentlichen Ergebnis auszuweisen. Dies betrifft im Wesentlichen die Bewertung von Personalrückstellungen, v.a. aufgrund von Kostensteigerungen und Abzinsungseffekten.

Die Teilgewinnabführung (132,0 Mio.€) an den stillen Gesellschafter sowie die Verlustübernahme durch den stillen Gesellschafter (8,1 Mio.€) wurden gemäß dem Vertrag über zwei stille Gesellschaften (StG-Vertrag II) berechnet.

Insgesamt ergibt sich zum 31. Dezember 2010 ein mit 158,9 Mio.€ positives Jahresergebnis, das mit 52,3 Mio.€ auf die Wasserversorgung und mit 106,6 Mio.€ auf die Entwässerung entfällt. Der Rückgang des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf den positiven Steuereffekt 2009 aus der abgeschlossenen Betriebsprüfung 1999 bis 2001 sowie die außerordentlichen Aufwendungen 2010 aus der erstmaligen Anwendung des HGB in der Fassung des BilMoG zurückzuführen.

## Finanzlage

### GRUNDSÄTZE UND ZIELE DES FINANZMITTELMANAGEMENTS

Ziel des Finanzmanagements ist die Sicherung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und eine unter Kosten- und Risikogesichtspunkten optimale Finanzierung der Investitionen und des Betriebes der Berliner Wasserbetriebe.

Die Möglichkeit der kurz- und langfristigen Fremdmittelaufnahme sowie die Konditionierung dieser Mittel basieren im Wesentlichen auf der Gewährträgerhaftung des Landes Berlin für

die Berliner Wasserbetriebe sowie auf der Art und der Struktur des Geschäftsmodells und der daraus abgeleiteten guten Eigenbonität der Berliner Wasserbetriebe. Die Fremdmittelaufnahme erfolgt weit überwiegend durch Aufnahme langfristiger Darlehen von Banken. Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit wird zusätzlich durch Kreditlinien von Banken unterstützt.

2010 haben die Berliner Wasserbetriebe 270,2 Mio.€ in das Anlagevermögen investiert. Neben den Investitionen in das Rohr- und Kanalnetz (184,6 Mio. €) werden zurzeit Erneuerungsmaßnahmen in den Wasserwerken Beelitzhof und Spandau, der OWA Tegel sowie den Klärwerken Schönerlinde und Münchhofe durchgeführt. In den Klärwerken Ruhleben und Stahnsdorf wurden die Erneuerungsmaßnahmen abgeschlossen. Das neu

### Kapitalstruktur

	31.12.2010 T€	%	31.12.2009 T€	%
<b>Eigenkapital</b>	<b>2.123.103</b>	<b>33</b>	<b>2.098.708</b>	<b>32</b>
Sonderposten aus Zuschüssen	519.196	8	500.169	8
Baukostenzuschüsse	145.994	2	144.349	2
<b>Eigenkapital und ähnliche Mittel</b>	<b>2.788.293</b>	<b>43</b>	<b>2.743.226</b>	<b>42</b>
Rückstellungen	58.039	1	5.551	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.060.242	32	2.015.895	31
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	169	0	222	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Gesellschaftern und Gewährträger	5.624	0	6.135	0
Sonstige Verbindlichkeiten	147.596	2	169.292	3
Latente Steuern	4.010	0	0	0
<b>Langfristiges Fremdkapital (&gt; 1 Jahr)</b>	<b>2.275.680</b>	<b>35</b>	<b>2.197.095</b>	<b>34</b>
Rückstellungen	121.218	2	269.500	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	237.894	4	258.261	4
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	793.790	13	783.012	12
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.713	0	26.262	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Gesellschaftern und Gewährträgern	135.823	2	141.419	3
Sonstige Verbindlichkeiten	49.869	1	44.159	1
Rechnungsabgrenzungsposten	20.995	0	22.484	0
<b>Kurzfristiges Fremdkapital (&lt; 1 Jahr)</b>	<b>1.380.302</b>	<b>22</b>	<b>1.545.097</b>	<b>24</b>
<b>Passiva</b>	<b>6.444.275</b>	<b>100</b>	<b>6.485.418</b>	<b>100</b>

gebaute Abwasserpumpwerk Berlin IV in Berlin-Mitte wurde in Betrieb genommen.

In 2010 hatten die Berliner Wasserbetriebe Darlehen, im Wesentlichen von Banken, in Höhe von 2.437,6 Mio.€ aufgenommen, davon 2.385,5 Mio.€ mit Ursprungslaufzeiten von über einem Jahr (langfristige Darlehen) und 52,1 Mio.€ in Form von Tages- und Termindarlehen. Langfristige Darlehen und Tages- und Termingelder valutieren ausschließlich in €. Die langfristigen Darlehen sind zu fast hundert Prozent festverzinslich und haben folgende Fälligkeitsstruktur: 203,0 Mio.€ unter einem Jahr inklusive Zinsabgrenzung, 485,3 Mio. € zwischen einem und fünf Jahren und 1.724,9 Mio.€ über fünf Jahre.

## AUSSERBILANZIELLE FINANZINSTRUMENTE

### a) Finanzierungskonzept Unternehmenszentrale

Im Dezember 1996 und im Dezember 1997 haben die Berliner Wasserbetriebe mit der Immobilien-Vermietungsgesellschaft Schumacher GmbH & Co. Objekt Rolandufer KG (Roland-ufer KG) Verträge über die Finanzierung und Errichtung von Verwal-

tungsgebäuden geschlossen. In den Gebäuden an der Neuen Jüdenstraße und der Stralauer Straße ist auf Basis des mit der Rolandufer KG geschlossenen Leasingvertrages u.a. die Unternehmenszentrale der Berliner Wasserbetriebe untergebracht. Die Berliner Wasserbetriebe haben das Recht, die Gebäude zum 31. Dezember 2018 zu einem vertraglich fixierten Kaufpreis zu erwerben. Die Rolandufer KG hat das Recht, die Gebäude zehn Jahre später zu einem vereinbarten Kaufpreis an die Berliner Wasserbetriebe zu verkaufen.

### b) Finanzierungskonzept Klärwerk Waßmannsdorf

Im Dezember 1996 haben die Berliner Wasserbetriebe mit der TELO KG Verträge in Zusammenhang mit der Finanzierung von Teilen der zweiten und dritten Ausbaustufe des Klärwerks Waßmannsdorf geschlossen, die wirtschaftlich einer Sale-and-lease-back-Transaktion entsprechen. Das dauerhaft betriebene Klärwerk ist auf eine Reinigungsleistung von täglich 230.000 m<sup>3</sup> Abwasser bei Trockenwetter ausgelegt. Die TELO KG hat das Recht, die Kläranlage zum 31. Dezember 2013 zu einem vertraglich festgelegten Kaufpreis an die Berliner Wasserbetriebe zu verkaufen.

## Kapitalflussrechnung

	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	466.915	499.526
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-218.260	-230.585
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-251.311	-272.054
<b>Veränderung der liquiden Mittel</b>	<b>-2.656</b>	<b>-3.113</b>
+ Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	13.277	16.390
<b>Finanzmittelbestand am Ende der Periode</b>	<b>10.621</b>	<b>13.277</b>

Die Veränderung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist durch das Ergebnis der Betriebsprüfung 1999 bis 2001 geprägt.

In 2010 haben die Berliner Wasserbetriebe 270,2 Mio.€ (Vorjahr: 278,5 Mio. €) für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert. Einzahlungen aus Investitionszuschüssen und Baukostenzuschüssen sind von Januar bis Dezember 2010 in Höhe von 43,0 Mio.€ (Vorjahr: 36,3 Mio.€) zu verzeichnen.

Von Januar bis Dezember 2010 wurden insgesamt 100,3 Mio.€ Zinsen und 60,0 Mio.€ Ertragsteuern gezahlt.

## Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 41,1 Mio. € reduziert.

### Bilanzstruktur

	31.12.2010 T€	%	31.12.2009 T€	%
Anlagevermögen	5.539.935	86	5.538.958	85
Umlaufvermögen	902.149	14	945.876	15
Rechnungsabgrenzungsposten	367	0	584	0
Aktive latente Steuern	1.824	0	0	0
<b>Aktiva</b>	<b>6.444.275</b>	<b>100</b>	<b>6.485.418</b>	<b>100</b>
Eigenkapital	2.123.103	33	2.098.708	32
Baukostenzuschüsse	665.190	10	644.518	10
Rückstellungen	179.257	3	275.051	4
Verbindlichkeiten	3.451.720	54	3.444.657	54
Rechnungsabgrenzungsposten	20.995	0	22.484	0
Latente Steuern	4.010	0	0	0
<b>Passiva</b>	<b>6.444.275</b>	<b>100</b>	<b>6.485.418</b>	<b>100</b>

Das Anlagevermögen erhöhte sich zum 31. Dezember 2010 um 1,0 Mio. € auf 5.539,9 Mio. €. Von Januar bis Dezember 2010 haben die Berliner Wasserbetriebe 270,2 Mio. € (Vorjahr: 278,5 Mio. €) in das Anlagevermögen investiert. Davon entfielen auf die Wasserversorgung 98,8 Mio. € (Vorjahr: 107,5 Mio. €) und auf die Entwässerung 171,4 Mio. € (Vorjahr: 171,0 Mio. €). Demgegenüber stehen Abschreibungen in Höhe von 255,1 Mio. € (Vorjahr: 249,5 Mio. €). Bei den sonstigen Vermögensgegenständen hat sich der Ausgleich der Forderungen aus Steuererstattungen und Zinsen im Rahmen der abgeschlossenen Betriebsprüfung 1999 bis 2001 in Höhe von 63,5 Mio. € ausgewirkt. Die flüssigen Mittel sind um 2,7 Mio. € auf 10,6 Mio. € gesunken.

Gemäß § 271 HGB sind verbundene Unternehmen solche, die in den Konzernabschluss einbezogen werden. Die Gesellschaften TELO KG und Rolandufer KG sind aufgrund der Neufassung des HGB durch das BilMoG als Zweckgesellschaften in den Konzernabschluss einzubeziehen und künftig als verbundene Unternehmen auszuweisen.

Die Eigenkapitalquote wird zum 31. Dezember 2010 mit 32,9 % (Vorjahr: 32,4 %) ausgewiesen. Bei den Rückstellungen sind im Wesentlichen die Steuerrückstellungen in Höhe von 35,9 Mio. € sowie die sonstigen Rückstellungen für Zinsen in Höhe von 10,4 Mio. €

aufgrund der vorliegenden Bescheide aus der abgeschlossenen Betriebsprüfung 1999 bis 2001 in Anspruch genommen worden. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen und Beteiligungsunternehmen sowie Gesellschaftern minderten sich um 6,1 Mio. € auf 141,4 Mio. €. Darin enthalten ist im Wesentlichen der Ausweis der Teilgewinnausschüttung an die stillen Gesellschafter in Höhe von 127,2 Mio. € (Vorjahr: 134,3 Mio. €).

Das verzinsliche Fremdkapital der Berliner Wasserbetriebe beträgt zum 31. Dezember 2010 2.465,3 Mio. €. Es setzt sich zusammen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 2.298,1 Mio. €, Verbindlichkeiten gegenüber dem Gewährträger in Höhe von 6,2 Mio. € und sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 161,0 Mio. €. Darüber hinaus bestanden zwei teilweise genutzte Kreditlinien von Banken. Dieses Darlehensportfolio der Berliner Wasserbetriebe ist in Bezug auf Laufzeit und Zinsbindungsfrist langfristig finanziert, so dass Änderungen des Zinsniveaus vergleichsweise geringe Auswirkungen auf das Zinsergebnis haben.

Die Berliner Wasserbetriebe haben Mietverträge von wesentlicher Bedeutung für Bürogebäude am Hohenzollerndamm und in der Fasanenstraße sowie zwei Leasingverträge für das Bürogebäude Neue Jüdenstraße und das Klärwerk Waßmannsdorf abgeschlossen. Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände, die für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von wesentlicher Bedeutung sind, gibt es bei den Berliner Wasserbetrieben nicht.

## **FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG**

Im Mittelpunkt steht die sichere, wirtschaftliche und nachhaltige Erfüllung der Ver- und Entsorgungsaufgaben bei optimalem Ressourceneinsatz. Ziel ist der Einsatz zukunftsfähiger und nachhaltiger Technologien und Verfahren. Bis 2015 sollen die Gewässer einen guten ökologischen Zustand erreicht haben. Dazu beteiligen sich die Berliner Wasserbetriebe an dem Verbundforschungsprojekt NITROLIMIT, das von der BTU Cottbus geleitet wird und die Qualitätsziele für Stickstoff in Berliner und Brandenburger Gewässern bewertet und die Wirksamkeit potenzieller verfahrenstechnischer Maßnahmen abschätzt.

Zur Geruchs- und Korrosionsbekämpfung im Kanal betreiben die Berliner Wasserbetriebe einen 25 Meter langen Forschungskanal, der mit realem Abwasser beschickt wird. Materialproben von beschichtetem Beton werden unter gleichen Bedingungen getestet, und Maßnahmen zur Abhilfe von Geruch und Korrosion können dann bewertet werden. Die FE-Projekte

zum Brunnenmanagement vermindern die Verockerungs- und kolmationsbedingten Leistungsrückgänge und sollen langfristig einen energieeffizienten Betrieb mit möglichst geringen Instandhaltungskosten ermöglichen. Neuartige digitale Bildtechnik wird getestet, um Kamerabefahrungen automatisch auszuwerten. Für die zukünftige Entfernung der Spurenstoffe im Berliner Wasserkreislauf wird sowohl die Dosierung von Pulveraktivkohle als auch die Ozonung untersucht. Das Verbundprojekt ELaN „Entwicklung eines integrierten Landmanagements zur nachhaltigen Wasser- und Stoffnutzung in Nordostdeutschland“ strebt die Kopplung von technologischen Innovationen im Bereich Wasser- und Nährstoffmanagement an. Auf den Rieselfeldern im Umland Berlins liegt die Herausforderung in der Wiederverwertung von Abwasser in Kombination mit land- und forstwirtschaftlicher Produktion und Landschaftsgestaltung. Durch die Beteiligung aller Akteure wird im Ergebnis die Nutzung von gereinigtem Abwasser (Klarwasser) in der Fläche verbunden mit der Wiedergewinnung von Nährstoffen und nachhaltigen landwirtschaftlichen Produktionsformen, v.a. der Biomasseproduktion.

## **3. Nachtragsbericht**

Geschäftsvorfälle von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

## **4. Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen- und Risiken**

### **Risikobericht**

Mit dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz in Unternehmen (KonTraG), insbesondere dem § 91 Abs. II Aktiengesetz, werden Unternehmen aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu treffen, wie insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, um den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkennen zu können. Die Berliner Wasserbetriebe haben

diese Anforderungen umgesetzt und ein umfassendes Risikomanagement eingerichtet. Zur rechtzeitigen Identifikation von vor allem negativen Entwicklungen wurde ein Issuemanagement implementiert. Issues sind (schwache) Signale aus dem Umfeld des Unternehmens und dem Unternehmen selbst, die eine Gefährdung für Reputation und Strategie, aber auch Chancen für die Berliner Wasserbetriebe darstellen. Infolge der Auswertung der letzten Risikoinventur sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

#### UMFELDRISIKEN

Die 1996 für alle Wasserwerke beantragten wasserbehördlichen Bewilligungen zur Förderung von Grundwasser für die öffentliche Trinkwasserversorgung sollen nach Auskunft der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz bis 2013 erteilt sein. 2001 wurde für das Wasserwerk Wuhlheide eine Bewilligung erteilt. Für alle anderen Wasserwerke wurde mit Schreiben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vom 18. Januar 2001 die in einem Schreiben vom 4. Juni 1998 formulierte Frist zur Förderung von Grundwasser für die Trinkwasserversorgung in der bisherigen Form (Duldung ohne Bewilligung) bis auf Weiteres, längstens jedoch bis zum Vorliegen einer bestandskräftigen Förderbewilligung verlängert.

Für die Bewilligungen werden Umweltverträglichkeitsuntersuchungen unter Öffentlichkeitsbeteiligung sowie bei Erfordernis Flora-Fauna-Habitat-Verträglichkeitsuntersuchungen durchgeführt. Für die Wasserwerksstandorte Spandau, Tegel, Tiefwerder, Beelitzhof, Kladow, Johannisthal, Kaulsdorf und Friedrichshagen wurde der vorläufige Untersuchungsrahmen festgelegt. Dieser ist Voraussetzung für die Durchführung von Umweltverträglichkeitsuntersuchungen. Nach deren Abschluss ist die Erteilung der Betriebs- und Förderbewilligungen geplant. Aus den behördlichen Prüfungen können sich Ausgleichs- und Monitoringbedarfe ergeben, die zu investiven und laufenden Kosten führen können.

Im Ablauf des Klärwerks Waßmannsdorf kommt es derzeit im Ergebnis der Eigenüberwachung zur Überschreitung bei den Parametern CSB (Chemischer Sauerstoffbedarf), Nanorg (anorganischer Stickstoff) und PT (Phosphor Total). Das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg kann bei Nichteinhaltung der wasserrechtlichen Auflagen eine Sanierungsanordnung erlassen. Im Standortentwicklungskonzept für das Klärwerk Waßmannsdorf werden diese Anforderungen berücksichtigt und die erforderlichen Investitionen zur Ertüchtigung des Klärwerks quantifiziert.

#### RECHTSRISIKEN

Die Berliner Wasserbetriebe bewegen sich in einem regulierten Markt und sind daher mit besonderen Rechtsrisiken konfrontiert. Hervorzuheben sind die Prozesse über die Rechtmäßigkeit der Tarife der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung.

Für die Tarifzeiträume ab dem Jahr 2000 wurden in den vergangenen Jahren wiederholt Aktiv- und Passivprozesse wegen Zweifeln an der Billigkeit der Wasser- und Abwassertarife der Berliner Wasserbetriebe sowohl beim Landgericht Berlin als auch beim Berliner Kammergericht geführt. In allen bisher rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren wurde den Berliner Wasserbetrieben bestätigt, dass die Tarife nach billigem Ermessen im Sinne von § 315 BGB festgelegt wurden und somit wirksam sind. Am 14. Juli 2010 hat nunmehr der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin zwei entsprechende Verfassungsbeschwerden zurückgewiesen.

#### KARTELLVERWALTUNGSVERFAHREN

Mit Schreiben vom 17. März 2010 teilte der Vorsitzende der 8. Beschlussabteilung des Bundeskartellamts den Berliner Wasserbetrieben mit, dass seine Beschlussabteilung ein Kartellverfahren gegen die Berliner Wasserbetriebe wegen des Verdachts missbräuchlich überhöhter Trinkwasserpreise im Versorgungsgebiet Berlin eingeleitet hat.

Die Zuständigkeit des Bundeskartellamts wird damit begründet, dass „der Berliner Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen als Landeskartellbehörde die Sache mit Schreiben vom 15. März 2010 antragsgemäß an das Bundeskartellamt abgegeben hat“.

Das Verfahren wird auf die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (§ 19 Abs. 4 Nr. 2 GWB [Ausbeutungsverbot], § 103 Abs. 5 und 7 und § 22 Abs. 5 GWB a. F. [Vergleichsmarktprinzip]) gestützt.

Mit Auskunftsbefehl vom 19. August 2010 wurde den Berliner Wasserbetrieben aufgegeben, bis zum 30. September 2010 die in dem Auskunftsbefehl gestellten Fragen durch Ausfüllen eines Fragebogens zu beantworten.

Parallel zu den Berliner Wasserbetrieben wurde der Auskunftsbefehl deutschlandweit weiteren 44 Wasserversorgungsunternehmen zugestellt, die ein nach Abnehmerzahl oder räumlicher Nähe ähnliches Versorgungsgebiet wie die Berliner Wasserbetriebe versorgen und sich deshalb als mögliche Vergleichsunternehmen anbieten.

Bezüglich der speziellen rechtlichen Situation in Berlin vertritt das Bundeskartellamt die Rechtsauffassung, dass das Land

Berlin im Falle der Berliner Wasserbetriebe nicht in seiner Funktion als Gesetzgeber, sondern ausschließlich in eigener Sache handelt. In einer Konzernbetrachtung werden den Berliner Wasserbetrieben (gesetzliche) Verhaltensspielräume des Landes Berlin zugerechnet.

Sofern sich diese Rechtsansicht durchsetzt, könnten sich die Berliner Wasserbetriebe nicht mit gesetzlich vorgeschriebenen Kostenbestandteilen rechtfertigen. Grundwasserentnahmeentgelt, Sondernutzungsgebühr, Verordnungszinssatz und Wiederbeschaffungszeitwerte würden dann den Berliner Wasserbetrieben im Sinne einer eigenen unternehmerischen Entscheidung zugerechnet.

Die vom Kartellamt vertretenen Rechtsansichten sind für den Bereich der Wasserversorgung neu und gehen weit über die von der Rechtsprechung und Literatur vertretenen Meinungen hinaus. Das Bundeskartellamt betritt insofern auch teilweise juristisches Neuland.

Mit Schreiben vom 28. Februar 2011 hat das Bundeskartellamt den „vorläufigen Sachstand“ hinsichtlich der Ermittlung gegen die Berliner Wasserbetriebe mitgeteilt. Die rechtlichen Ausführungen des Bundeskartellamts zur Anwendbarkeit kartellrechtlicher Preismissbrauchsvorschriften auf die Wassertarife der Berliner Wasserbetriebe sind, bezogen auf die bis dahin in dem Verfahren erhaltenen Erkenntnisse, nicht neu. Im Wesentlichen handelt es sich um eine Wiedergabe bereits bekannter Positionen des Bundeskartellamts.

Im Rahmen des Preismissbrauchsverfahrens haben die Berliner Wasserbetriebe von Anfang an bezweifelt, ob kartellrechtliche Preismissbrauchsvorschriften überhaupt auf die Wassertarife der Berliner Wasserbetriebe anwendbar sind. Diese Zweifel wurden in der Korrespondenz mit dem Bundeskartellamt ausführlich begründet. Dabei wurde insbesondere auf die speziellen Berliner Umstände hingewiesen und deutlich gemacht, dass zwar formal eine privatrechtliche Abrechnung erfolgt, materiell hinter der privatrechtlichen Abrechnungsform jedoch keine Privatautonomie besteht. Aufgrund der engen gesetzlichen Vorgaben zur Kalkulation des Wassertarifes und der durchgehenden staatlichen Kontrolle durch das Land ist eine darüber hinausgehende kartellrechtliche Kontrolle rechtlich nicht vorgesehen.

Die Zweifel der Berliner Wasserbetriebe an der Anwendbarkeit kartellrechtlicher Preismissbrauchsvorschriften wurden sehr deutlich durch die vom Vorstand der Berliner Wasserbetriebe beauftragten externen Gutachten bestätigt. Das Gutachten und die rechtsgutachterlichen Stellungnahmen kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass ganz überwiegende und durchgreifende Gründe gegen die Anwendbarkeit der kartell-

rechtlichen Preismissbrauchsvorschriften auf die Wassertarife der Berliner Wasserbetriebe sprechen.

Nach Eingang des Schreibens des Bundeskartellamts vom 28. Februar 2011 hat die Sozietät Freshfields Bruckhaus Deringer eine erneute Bewertung der Rechtslage vorgenommen. Auch diese gutachterliche Stellungnahme kommt zu dem Ergebnis, dass nach wie vor ganz überwiegende Gründe gegen die Anwendbarkeit der kartellrechtlichen Preismissbrauchsvorschriften auf die Wassertarife der Berliner Wasserbetriebe sprechen.

Auf der Grundlage der externen Expertisen hat der Vorstand mit Kenntnisnahme des Aufsichtsrates entschieden, die Grundsatz- und Vorfrage der Anwendbarkeit kartellrechtlicher Preismissbrauchsvorschriften gerichtlich klären zu lassen.

Darüber hinaus ist der Vorstand auf der Grundlage der externen Expertisen zu der Auffassung gelangt, dass nach derzeitiger Sach- und Rechtslage kein Erfordernis für die Bildung von Rückstellungen dem Grunde nach besteht; mit einer Inanspruchnahme ist ganz überwiegend nicht zu rechnen.

Sollte es jedoch zu einer Anwendbarkeit der Preismissbrauchsvorschriften auf die Wassertarife der Berliner Wasserbetriebe und im Ergebnis des Kartellverwaltungsverfahrens zu einer signifikanten Tarifsenkung kommen, könnte dies eine negative Auswirkung auf die Ertragslage der Berliner Wasserbetriebe haben..

## Prognosebericht

Für die Ergebnisvorausschau auf das Geschäftsjahr 2011 wurden folgende operative und strategische Prämissen zugrunde gelegt.

## TARIFENTWICKLUNG 2011 UND FOLGEJAHRE

In der außerordentlichen Sitzung am 4. März 2010 hat der Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe den Wirtschaftsplan und die Tarifkalkulation für die Jahre 2010 und 2011 beschlossen. Eine Tarifanpassung findet demnach erst wieder für das Jahr 2012 statt. Die Berliner Wasserbetriebe gehen im Planungszeitraum davon aus, dass sich der Tarif lediglich im Rahmen der Inflationsrate erhöht. Für 2014 ist eine Absenkung des Gesamttarifs geplant.

## MENGENRÜCKGANG SETZT SICH FORT

Der Wasserverkauf in Berlin wird für 2011 mit rund 190 Mio. m<sup>3</sup> geplant. In den folgenden Jahren wird mit einem weiteren Rückgang gerechnet. Er spiegelt den bundesweiten Trend rückläufigen Wasserabsatzes wider. Um die Planungssicherheit für die Berliner Wasserbetriebe in puncto Absatzentwicklung zu erhöhen, ist eine externe Studie beauftragt worden, welche die zukünftige Absatzentwicklung analysieren soll. Erste Ergebnisse dieser Studie liegen bereits vor; diese müssen jedoch noch verifiziert werden. Für die Verträge mit unseren Partnern aus Brandenburg gehen die Prognosen von einer konstanten Entwicklung mit 3 Mio. m<sup>3</sup> (Trinkwasser) bzw. 24 Mio. m<sup>3</sup> (Schmutzwasser) aus.

## INVESTITIONEN VORRANGIG IN NETZE

Der größte Anteil des Investitionsvolumens fließt in die Erneuerung und Erweiterung der Netzinfrastruktur aus Rohren und Kanälen. Im Zeitablauf nehmen die Anteile der Erweiterungsinvestitionen insbesondere im Zuge der Resterschließungen im Kanalisationsnetz weiter ab, und die Sanierungsinvestitionen steigen deutlich an. Bei den Investitionen stehen die Erhaltung der Funktionsfähigkeit und der Substanzerhalt der Anlagen und Netze im Zusammenhang mit den hohen Ver- und Entsorgungsstandards für die Kunden der Berliner Wasserbetriebe im Vordergrund. Im Jahr 2011 wird sich das eigenfinanzierte Investitionsvolumen auf rund 241 Mio.€ belaufen, wovon ca. 61 % auf den Entwässerungsbereich entfallen. Im Wasserversorgungsbereich wird die Investitionstätigkeit auf etwa gleichem Niveau fortgeführt. Über den Prognosezeitraum wird sich das Investitionsvolumen aufgrund verstärkter Investitionen für die Sanierung der Abwassernetze weiter erhöhen.

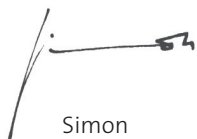
## WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG – ERGEBNIS AUF VORJAHRESNIVEAU

Für 2011 erwarten die Berliner Wasserbetriebe einen Wasserverkauf, der leicht unter dem Niveau aus dem Vorjahr liegt. Da die Tarife 2011 den Tarifen des Jahres 2010 entsprechen, liegen auch die Umsatzerlöse auf dem Vorjahresniveau. Auf Basis der dem Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 17. November 2010 vorgestellten Aktualisierung der Wirtschaftsplanung gehen die Berliner Wasserbetriebe von einer nur unwesentlichen Umsatzveränderung aus. Grund ist der unterstellte zweijährige Kalkulationszeitraum (2012 und 2013 gelten die gleichen Tarife). 2012 ist mit einem leichten Umsatzanstieg aufgrund der unterstellten Tarifanpassung zu rechnen. Für das Ergebnis wird daher ein Niveau erwartet, welches auf dem des Jahres 2011 liegt. Im Jahr 2014 wird sich der Umsatz der Berliner Wasserbetriebe planmäßig verringern. Dies ist vor allem auf Kosteneinsparungen im Klärbereich zurückzuführen.


Rund die Hälfte der Umsatzerlöse entfällt auf die Schmutzwasserentsorgung sowie die private Niederschlagsentwässerung. Mehr als ein Drittel entfällt auf die Wasserversorgung. Die restlichen Umsatzerlöse verteilen sich vor allem auf die Entwässerung der öffentlichen Straßen und Plätze sowie auf den Bau bzw. die Instandsetzung von Hausanschlüssen.

Die Berliner Wasserbetriebe erwarten für 2011 ein Vorsteuerergebnis auf dem Niveau des Vorjahres. Für 2012 wird ein leicht besseres Vorsteuerergebnis erwartet. Für 2012 wird auf Basis der dem Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 17. November 2010 vorgestellten Aktualisierung der Wirtschaftsplanung ein leicht besseres Vorsteuerergebnis erwartet. Wesentlicher Grund ist die mit der Tarifanpassung verbundene Umsatzerlöserhöhung, die nur zum Teil durch Kostensteigerungen reduziert wird.

Berlin, 12. Mai 2011  
Berliner Wasserbetriebe



Simon



Bruckmann



Dr. Grunwald



Schmidt

# Bilanz

## der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin,

### zum 31. Dezember 2010

#### Aktivseite

	31.12.2010 €	31.12.2010 €	31.12.2009 T€
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	106.886.737,51		113.153
2. Geleistete Anzahlungen	3.399.027,80	<b>110.285.765,31</b>	2.479
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	438.178.730,65		449.046
2. Grundstücke mit Wohnbauten	14.378.213,82		15.117
3. Grundstücke ohne Bauten	10.318.263,78		10.882
4. Bauten auf fremden Grundstücken	2.702.405,16		2.725
5. Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen	166.474.315,04		157.246
6. Wasserverteilungsanlagen	878.125.976,17		856.022
7. Abwasserkanäle und -druckrohre	3.278.965.493,25		3.269.448
8. Abwasserförderungsanlagen	87.968.895,32		87.046
9. Abwasserreinigungsanlagen	194.941.147,56		206.767
10. Sonstige technische Anlagen und Maschinen	7.103.084,09		6.454
11. Betriebs- und Geschäftsausstattung	40.453.778,94		39.035
12. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	301.395.509,64	<b>5.421.005.813,42</b>	314.598
III. Finanzanlagen			
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.129.807,54		0
2. Beteiligungen	3.208.020,38		3.208
3. Mitgliedschaften in Zweckverbänden	3.304.402,23		3.304
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.477,63		2
5. Sonstige Ausleihungen	0,00	<b>8.643.707,78</b>	2.426
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.201.070,87		9.328
2. Unfertige Leistungen	2.496.666,20	<b>11.697.737,07</b>	4.278
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 359.865,92 € (Vj. T€ 191)	813.189.967,95		803.717
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	19.861.925,71		1.074
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	20.141,47		93
4. Forderungen gegen stille Gesellschafter davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	843.435,88		435
5. Forderungen gegen den Gewährträger davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 1.579)	20.467.219,61		16.757
6. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 2.002.609,80 € (Vj. T€ 2.190)	25.447.702,44	<b>879.830.393,06</b>	96.917
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		<b>10.620.578,86</b>	13.277
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<b>366.515,14</b>	584
<b>D. Aktive latente Steuern</b>		<b>1.824.301,07</b>	0
		<b>6.444.274.811,71</b>	6.485.418

## Passivseite

	31.12.2010 €	31.12.2010 €	31.12.2010 €	31.12.2009 T€
<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Stammkapital davon Anrechnung von Einlagen stiller Gesellschafter: 514.778.989,47 € (Vj. T€ 514.779)		1.264.000.000,00		1.264.000
II. Gewinnrücklage		117.748.248,55		92.290
III. Einlagen stiller Gesellschafter	1.296.966.237,65			1.296.966
Anrechnung auf das Stammkapital	-514.778.989,47			-514.779
Gewinnrücklage	105.201.440,27			87.031
Verlustvortrag stiller Gesellschafter	-267.615.432,07	619.773.256,38		-259.475
IV. Bilanzgewinn		121.582.382,75	<b>2.123.103.887,68</b>	132.675
<b>B. Sonderposten aus Zuschüssen</b>				
1. Sonderposten aus Investitionszulagen		235.643,00		261
2. Sonderposten aus sonstigen Zuschüssen		518.960.176,12	<b>519.195.819,12</b>	499.908
<b>C. Baukostenzuschüsse</b>			<b>145.993.683,83</b>	144.349
<b>D. Rückstellungen</b>				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		5.114.035,09		4.817
2. Steuerrückstellungen		1.265.500,89		37.112
3. Sonstige Rückstellungen		172.877.592,99	<b>179.257.128,97</b>	233.122
<b>E. Verbindlichkeiten</b>				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 237.894.264,33 € (Vj. T€ 258.261)		2.298.136.435,82		2.274.156
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 793.790.134,47 € (Vj. T€ 783.012)		793.790.134,47		783.012
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 20.712.523,64 € (Vj. T€ 26.262)		20.881.591,48		26.484
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 3.570.301,36 € (Vj. T€ 4.862)		3.570.301,36		4.862
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 108.701,15 € (Vj. T€ 594)		108.701,15		594
6. Verbindlichkeiten gegenüber den stillen Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 128.209.041,34 € (Vj. T€ 135.099)		128.209.041,34		135.099
7. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gewährträger davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 3.934.859,44 € (Vj. T€ 864)		9.559.070,14		6.999
8. Sonstige Verbindlichkeiten, davon: a) aus Steuern 14.189.209,81 € (Vj. T€ 12.953) b) im Rahmen der sozialen Sicherheit 159,00 € (Vj. T€ 0) c) mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 49.869.433,10 € (Vj. T€ 44.159)		197.464.378,98	<b>3.451.719.654,74</b>	213.451
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			<b>20.994.538,87</b>	22.484
<b>G. Passive latente Steuern</b>			<b>4.010.098,50</b>	0
			<b>6.444.274.811,71</b>	6.485.418

# Bilanz

## der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin,

### zum 31. Dezember 2010

### Betriebsteil Wasserversorgung

#### Aktivseite

	31.12.2010 €	31.12.2010 €	31.12.2009 T€
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	56.733.241,81		59.375
2. Geleistete Anzahlungen	3.003.798,27	<b>59.737.040,08</b>	2.051
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	211.764.452,54		218.694
2. Grundstücke mit Wohnbauten	5.802.970,76		6.086
3. Grundstücke ohne Bauten	9.765.959,69		10.330
4. Bauten auf fremden Grundstücken	880.177,58		679
5. Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen	166.474.315,04		157.246
6. Wasserverteilungsanlagen	878.125.976,17		856.022
7. Sonstige technische Anlagen und Maschinen	3.343.124,30		2.815
8. Betriebs- und Geschäftsausstattung	23.077.425,40		21.465
9. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	88.399.714,17	<b>1.387.634.115,65</b>	98.947
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	3.208.020,38		3.208
2. Mitgliedschaften in Zweckverbänden	3.304.402,23		3.304
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.477,63	<b>6.513.900,24</b>	2
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.581.245,17		4.955
2. Unfertige Leistungen	1.041.048,61	<b>5.622.293,78</b>	1.717
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 149.336,84 € (Vj. T€ 134)	327.327.894,84		319.227
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	419.375,41		1.073
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	20.141,47		93
4. Forderungen gegen stille Gesellschafter davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	843.435,88		435
5. Forderungen gegen den Gewährträger davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	323.345,04		1.161
6. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 2.002.609,80 € (Vj. T€ 2.190)	14.310.763,70		70.982
7. Forderungen aus gemeinsamer Finanzkontenverwaltung	238.894.306,22	<b>582.139.262,56</b>	216.707
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		<b>10.620.578,86</b>	13.277
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<b>58.224,20</b>	171
<b>D. Aktive latente Steuern</b>		<b>1.824.301,07</b>	0
		<b>2.054.149.716,44</b>	2.070.022

## Passivseite

	31.12.2010 €	31.12.2010 €	31.12.2010 €	31.12.2009 T€
<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Stammkapital davon Anrechnung von Einlagen stiller Gesellschafter: 69.210.442,83 € (Vj. T€ 69.210)		362.000.000,00		362.000
II. Gewinnrücklage		35.677.066,55		27.612
III. Einlagen stiller Gesellschafter	380.674.071,30			380.674
Anrechnung auf das Stammkapital	-69.210.442,83			-69.211
Gewinnrücklage	32.182.919,27			27.502
Verlustvortrag stiller Gesellschafter	-267.615.432,07	76.031.115,67		-259.475
IV. Bilanzgewinn		42.014.026,16	<b>515.722.208,38</b>	52.969
<b>B. Sonderposten aus Zuschüssen</b>				
1. Sonderposten aus Investitionszulagen		235.643,00		261
2. Sonderposten aus sonstigen Zuschüssen		50.633.520,68	<b>50.869.163,68</b>	46.143
<b>C. Baukostenzuschüsse</b>			<b>41.943.178,00</b>	42.365
<b>D. Rückstellungen</b>				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		2.557.017,95		2.409
2. Steuerrückstellungen		342.100,89		33.370
3. Sonstige Rückstellungen		74.023.415,00	<b>76.922.533,84</b>	100.777
<b>E. Verbindlichkeiten</b>				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 145.639.808,70 € (Vj. T€ 156.662)		932.121.905,78		884.037
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 312.893.582,75 € (Vj. T€ 309.073)		312.893.582,75		309.073
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 6.722.652,75 € (Vj. T€ 8.981)		6.797.025,94		9.089
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 2.271.033,22 € (Vj. T€ 4.017)		2.271.033,22		4.017
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 107.991,15 € (Vj. T€ 24)		107.991,15		24
6. Verbindlichkeiten gegenüber den stillen Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 51.281.836,97 € (Vj. T€ 57.434)		51.281.836,97		57.434
7. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gewährträger davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 717.037,43 € (Vj. T€ 704)		6.341.248,13		6.839
8. Sonstige Verbindlichkeiten, davon: a) aus Steuern 4.908.350,66 € (Vj. T€ 3.469) b) im Rahmen der sozialen Sicherheit 159,00 € (Vj. T€ 0) c) mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 11.894.453,76 € (Vj. T€ 7.878)		33.037.360,96	<b>1.344.851.984,90</b>	31.181
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			<b>19.830.549,14</b>	20.932
<b>G. Passive latente Steuern</b>			<b>4.010.098,50</b>	0
			<b>2.054.149.716,44</b>	2.070.022

# Bilanz

## der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin,

### zum 31. Dezember 2010

### Betriebsteil Entwässerung

#### Aktivseite

	31.12.2010 €	31.12.2010 €	31.12.2009 T€
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	50.153.495,70		53.778
2. Geleistete Anzahlungen	395.229,53	<b>50.548.725,23</b>	428
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	226.414.278,11		230.352
2. Grundstücke mit Wohnbauten	8.575.243,06		9.031
3. Grundstücke ohne Bauten	552.304,09		552
4. Bauten auf fremden Grundstücken	1.822.227,58		2.046
5. Abwasserkanäle und -druckrohre	3.278.965.493,25		3.269.448
6. Abwasserförderungsanlagen	87.968.895,32		87.046
7. Abwasserreinigungsanlagen	194.941.147,56		206.767
8. Sonstige technische Anlagen und Maschinen	3.759.959,79		3.639
9. Betriebs- und Geschäftsausstattung	17.376.353,54		17.570
10. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	212.995.795,47	<b>4.033.371.697,77</b>	215.651
III. Finanzanlagen			
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.129.807,54		0
2. Sonstige Ausleihungen	0,00	<b>2.129.807,54</b>	2.426
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.619.825,70		4.373
2. Unfertige Leistungen	1.455.617,59	<b>6.075.443,29</b>	2.561
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 210.529,08 € (Vj. T€ 57)	485.862.073,11		484.490
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	19.442.550,30		1
3. Forderungen gegen den Gewährträger davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 1.579)	20.143.874,57		15.596
4. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	11.136.938,74	<b>536.585.436,72</b>	25.935
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<b>308.290,94</b>	413
		<b>4.629.019.401,49</b>	4.632.103

## Passivseite

	31.12.2010 €	31.12.2010 €	31.12.2010 €	31.12.2009 T€
<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Stammkapital davon Anrechnung von Einlagen stiller Gesellschafter: 445.568.546,64 € (Vj. T€ 445.569)		902.000.000,00		902.000
II. Gewinnrücklage		82.071.182,00		64.678
III. Einlagen stiller Gesellschafter	916.292.166,35			916.292
Anrechnung auf das Stammkapital	-445.568.546,64			-445.568
Gewinnrücklage	73.018.521,00	543.742.140,71		59.529
IV. Bilanzgewinn		79.568.356,59	<b>1.607.381.679,30</b>	79.706
<b>B. Sonderposten aus Zuschüssen</b>				
Sonderposten aus sonstigen Zuschüssen			<b>468.326.655,44</b>	453.765
<b>C. Baukostenzuschüsse</b>			<b>104.050.505,83</b>	101.984
<b>D. Rückstellungen</b>				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		2.557.017,14		2.408
2. Steuerrückstellungen		923.400,00		3.742
3. Sonstige Rückstellungen		98.854.177,99	<b>102.334.595,13</b>	132.345
<b>E. Verbindlichkeiten</b>				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 92.254.455,63 € (Vj. T€ 101.599)		1.366.014.530,04		1.390.119
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 480.896.551,72 € (Vj. T€ 473.939)		480.896.551,72		473.939
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 13.989.870,89 € (Vj. T€ 17.281)		14.084.565,54		17.395
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 1.299.268,14 € (Vj. T€ 845)		1.299.268,14		845
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 710 € (Vj. T€ 570)		710,00		570
6. Verbindlichkeiten gegenüber den stillen Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 76.927.204,37 € (Vj. T€ 77.665)		76.927.204,37		77.665
7. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gewährträger davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 3.217.822,01 € (Vj. T€ 160)		3.217.822,01		160
8. Sonstige Verbindlichkeiten, davon: a) aus Steuern 9.280.859,15 € (Vj. T€ 9.484) b) im Rahmen der sozialen Sicherheit 0,00 € (Vj. T€ 0) c) mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 37.974.979,34 € (Vj. T€ 36.281)		164.427.018,02		182.270
9. Verbindlichkeiten aus gemeinsamer Finanzkontenverwaltung		238.894.306,22	<b>2.345.761.976,06</b>	216.707
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			<b>1.163.989,73</b>	1.552
			<b>4.629.019.401,49</b>	4.632.103

## Gewinn- und Verlustrechnung der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	1.1. – 31.12.2010			1.1. – 31.12.2009		
	€	€	€	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse						
a) Wasserverkauf	422.328.612,29			418.317		
b) Entwässerungsleistungen	746.965.743,54			743.380		
c) Auflösung passivierter Baukostenzuschüsse	12.838.433,79			12.299		
d) Hausanschlüsse	12.117.350,59	1.194.250.140,21		9.141	1.183.137	
2. Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen für Hausanschlüsse		-1.781.155,87			-139	
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		50.862.469,89			54.790	
4. Sonstige betriebliche Erträge		94.462.224,66	<b>1.337.793.678,89</b>		87.640	1.325.428
5. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	65.380.591,82			62.188		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	196.843.992,41			194.428		
c) Grundwasserentnahmeentgelt und Abwasserabgabe	66.072.808,39	328.297.392,62		65.004	321.620	
6. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	202.402.098,66			203.030		
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon: für Altersversorgung 15.969.744,84 € (Vj. T€ 16.436)	54.760.114,87	257.162.213,53		55.547	258.577	
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		255.109.088,89			249.533	
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		84.339.036,87	<b>924.907.731,91</b>		95.283	925.013
9. Erträge aus Beteiligungen davon: aus verbundenen Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 0)		42.309,96			106	
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon: aus verbundenen Unternehmen 95.422,75 € (Vj. T€ 0)		95.422,75			107	
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon: aus verbundenen Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 0)		3.493.838,87	<b>3.631.571,58</b>		16.034	16.247
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon: an verbundene Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 0)			<b>105.931.104,52</b>			120.920
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			<b>310.586.414,04</b>			295.742
14. Außerordentliche Aufwendungen			<b>4.848.054,20</b>			0
15. Aufwendungen aus Teilgewinnabführung			<b>131.992.397,77</b>			137.328
16. Verlustübernahme stiller Gesellschafter			<b>8.139.986,87</b>			8.600
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			<b>13.666.981,18</b>			-9.820
18. Sonstige Steuern			<b>9.345.686,01</b>			9.217
19. Jahresüberschuss			<b>158.873.281,75</b>			167.617
20. Einstellung in andere Gewinnrücklagen			<b>37.290.899,00</b>			34.942
21. Bilanzgewinn			<b>121.582.382,75</b>			132.675
Nachrichtlich: Verwendung des Bilanzgewinns						
a) Betriebsteil Wasserversorgung Ausschüttung an das Land Berlin			<b>42.014.026,16</b>			52.969
b) Betriebsteil Entwässerung Ausschüttung an das Land Berlin			<b>79.568.356,59</b>			79.706

## Gewinn- und Verlustrechnung der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 Betriebsteil Wasserversorgung

	1.1. – 31.12.2010			1.1. – 31.12.2009		
	€	€	€	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse						
a) Wasserverkauf	422.328.612,29			418.317		
b) Auflösung passivierter Baukostenzuschüsse	4.025.144,17			3.930		
c) Hausanschlüsse	6.979.379,64			4.537		
d) Innenumsatz	986.620,48	434.319.756,58		959	427.743	
2. Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen für Hausanschlüsse		-676.042,02			-91	
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		23.997.122,54			25.714	
4. Sonstige betriebliche Erträge	29.920.481,93			26.045		
Innenumsatz	20.906.846,19	50.827.328,12	<b>508.468.165,22</b>	18.830	44.875	498.241
5. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	27.808.606,66			26.339		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	46.689.509,81			45.884		
c) Grundwasserentnahmeentgelt	51.335.730,54			51.138		
d) Innenumsatz	4.700.725,02			3.121		
e) Sachkostenverrechnung	-10.493.854,24	120.040.717,79		-10.938	115.544	
6. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	91.877.502,08			92.926		
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon: für Altersversorgung 7.497.052,63 € (Vj. T€ 7.811)	25.096.572,32	116.974.074,40		25.705	118.631	
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		83.256.106,81			79.352	
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	58.374.274,88			66.371		
Innenumsatz	1.105.787,66			869		
Sachkostenverrechnung	-10.725.515,30	48.754.547,24	<b>369.025.446,24</b>	-10.712	56.528	370.055
9. Erträge aus Beteiligungen davon: aus verbundenen Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 0)		42.309,96			106	
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon: aus verbundenen Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 0)	3.187.124,62			15.627		
Zinserträge Innenumsatz	10.930.653,48	14.117.778,10	<b>14.160.088,06</b>	10.930	26.557	26.663
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon: an verbundene Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 0)			<b>39.467.934,35</b>			50.775
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			<b>114.134.872,69</b>			104.074
13. Außerordentliche Aufwendungen			<b>2.240.413,37</b>			0
14. Aufwendungen aus Teilgewinnabführung			<b>52.659.643,40</b>			58.172
15. Verlustübernahme stiller Gesellschafter			<b>8.139.986,87</b>			8.600
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			<b>13.647.133,60</b>			-9.328
17. Sonstige Steuern			<b>1.455.084,03</b>			1.694
18. Jahresüberschuss			<b>52.272.585,16</b>			62.136
19. Einstellung in andere Gewinnrücklagen			<b>10.258.559,00</b>			9.167
20. Bilanzgewinn			<b>42.014.026,16</b>			52.969

## Gewinn- und Verlustrechnung der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 Betriebsteil Entwässerung

	1.1. – 31.12.2010			1.1. – 31.12.2009		
	€	€	€	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse						
a) Entwässerungsleistungen	746.965.743,54			743.380		
b) Auflösung passivierter Baukostenzuschüsse	8.813.289,62			8.369		
c) Hausanschlüsse	5.137.970,95			4.604		
d) Innenumsatz	4.700.725,02	765.617.729,13		3.121	759.474	
2. Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen für Hausanschlüsse		-1.105.113,85			-48	
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		26.865.347,35			29.076	
4. Sonstige betriebliche Erträge	64.541.742,73			61.595		
Innenumsatz	1.105.787,66	65.647.530,39	<b>857.025.493,02</b>	869	62.464	850.966
5. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	37.571.985,16			35.849		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	150.154.482,60			148.544		
c) Abwasserabgabe / Grundwasserentnahmeentgelt	14.737.077,85			13.866		
d) Innenumsatz	986.620,48			959		
e) Sachkostenverrechnung	10.493.854,24	213.944.020,33		10.938	210.156	
6. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	110.524.596,58			110.104		
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon: für Altersversorgung 8.472.692,21 € (Vj. T€ 8.625)	29.663.542,55	140.188.139,13		29.842	139.946	
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		171.852.982,08			170.181	
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	25.964.761,99			28.912		
Innenumsatz	20.906.846,19			18.830		
Sachkostenverrechnung	10.725.515,30	57.597.123,48	<b>583.582.265,02</b>	10.712	58.454	578.737
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon: aus verbundenen Unternehmen 95.422,75 € (Vj. T€ 0)		95.422,75			107	
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon: aus verbundenen Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 0)		306.714,25	<b>402.137,00</b>		407	514
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon: an verbundene Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 0)		66.463.170,17			70.145	
Zinsaufwendungen Innenumsatz		10.930.653,48	<b>77.393.823,65</b>		10.930	81.075
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			<b>196.451.541,35</b>			191.668
13. Außerordentliche Aufwendungen			<b>2.607.640,83</b>			0
14. Aufwendungen aus Teilgewinnabführung			<b>79.332.754,37</b>			79.156
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			<b>19.847,58</b>			-492
16. Sonstige Steuern			<b>7.890.601,98</b>			7.523
17. Jahresüberschuss			<b>106.600.696,59</b>			105.481
18. Einstellung in andere Gewinnrücklagen			<b>27.032.340,00</b>			25.775
19. Bilanzgewinn			<b>79.568.356,59</b>			79.706

# Berliner Wasserbetriebe Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin Anhang zum 31. Dezember 2010

## 1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Berliner Wasserbetriebe zum 31. Dezember 2010 ist nach den Vorschriften des PubLG in Verbindung mit § 16 BerlBG und nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften aufgestellt worden. Die vorgeschriebene Gliederung wurde durch Einfügung einzelner Posten der besonderen Struktur der Berliner Wasserbetriebe angepasst (§ 265 Abs. 5 HGB). So wird ein sachgerechter Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ermöglicht. Die Klarheit und Übersichtlichkeit der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wird dadurch nicht beeinträchtigt.

Das HGB in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) vom 25. Mai 2009 (BGBl. I S. 1102) wird erstmals ab dem 1. Januar 2010 angewendet. Auf eine Anpassung der Vorjahreszahlen wurde im Einklang mit Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB verzichtet.

Bei den Berliner Wasserbetrieben unterliegt die Wasserversorgung der Steuerpflicht nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 4 des Körperschaftsteuergesetzes. Hingegen ist die Abwasserentsorgung nach § 4 Abs. 5 des Körperschaftsteuergesetzes nicht steuerbar, soweit es sich bei der Entsorgungsleistung um hoheitliche Aufgaben handelt (Kunden in Berlin). Die Entsorgungsleistung für Kunden im Umland ist steuerpflichtig.

## 2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren im Wesentlichen die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Soweit erforderlich, erfolgt eine Abschreibung auf den am Bilanzstichtag beizulegenden niedrigeren Wert. Die Bewertung der entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt zu Anschaffungskosten unter Abzug linearer Abschreibungen. Den planmäßigen Abschreibungen auf Software liegen seit 2003 nicht mehr die steuerlichen Abschreibungstabellen zugrunde, sondern die von den Berliner Wasserbetrieben geschätzte betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Die Aktivierung der persönlich beschränkten Dienstbarkeiten erfolgte nach technischer und kaufmännischer Bewertung der zu erwartenden Entschädigungsverpflichtungen aufgrund der Bestimmungen des § 9 Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) i. V. m. Sachenrechtsdurchführungsverordnung (SachenRDV). Sie regelt insbesondere die Dienstbarkeiten von Versorgungsunternehmen an nichtöffentlichen Grundstücken sowie die hierfür an den jeweiligen Grundstückseigentümer zu gewährenden Ausgleichszahlungen. Die aktivierten Dienstbarkeiten werden unter den immateriellen Vermögensgegenständen ausgewiesen und planmäßig nicht abgeschrieben.

Die Sachanlagen sind mit den fortgeschriebenen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Soweit erforderlich, erfolgt eine Abschreibung auf den am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert. Die Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen beinhalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch angemessene Teile der notwendigen Gemeinkosten sowie Zinsaufwendungen auf den Herstellungszeitraum, soweit es sich um eigenfinanzierte Erweiterungsinvestitionen handelt. Die planmäßige Abschreibung auf Sachanlagen erfolgt grundsätzlich linear. Die Abschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter erfolgt entsprechend § 6 Abs. 2 und 2a EStG. Die Festlegung der jeweiligen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände und der daraus resultierenden Abschreibungssätze erfolgt in Anlehnung an die vom Bundesfinanzministerium veröffentlichten Abschreibungstabellen unter Berücksichtigung betriebsinterner Abweichungen.

Bei den Finanzanlagen sind die Beteiligungen und die Mitgliedschaften in Zweckverbänden mit den Anschaffungskosten einschließlich etwaiger Anschaffungsnebenkosten bilanziert. Ausleihungen sind zum Nominalwert bilanziert. Soweit erforderlich, werden Abschreibungen auf den am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Die Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind zu fortgeschriebenen Durchschnittspreisen bewertet. Am Bilanzstichtag wird dem Niederstwertprinzip Rechnung getragen. Die unfertigen Leistungen werden zu Herstellungskosten einschließlich angemessener Gemeinkosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert aktiviert.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind grundsätzlich zum Nominalwert bewertet. Für zweifelhafte Forderungen sind Einzelabwertungen vorgenommen worden. Bei den verbleibenden Forderungen ist eine Pauschalwertberichtigung abgesetzt, welche dem allgemeinen Ausfall- und Kreditrisiko Rechnung trägt.

Die flüssigen Mittel (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten) werden zum Nennbetrag bewertet.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind in Höhe der am Stichtag abzugrenzenden Beträge angesetzt.

Die steuerfreien Investitionszulagen sind als Sonderposten für Investitionszulagen entsprechend den Vorschriften des § 19 Berlinförderungsgesetz und des Investitionszulagengesetzes passiviert. Die ertragswirksame Auflösung erfolgt linear entsprechend der Nutzungsdauer der begünstigten Vermögensgegenstände. Sonderposten aus Zuschüssen sind nach handelsrechtlichen Grundlagen gebildet worden. Die Sonderposten aus Investitionszulagen und Zuschüssen werden linear entsprechend den Nutzungsdauern der bezuschussten Anlagegegenstände aufgelöst. Der Sonderposten für Abwasserabgabe wird im Jahr des Zugangs mit 2,5 %, ansonsten mit 5,0 % jährlich aufgelöst.

Von Kunden erhaltene Baukostenzuschüsse werden passiviert und mit jährlich 5,0 % ertragswirksam aufgelöst. Für Zugänge des Geschäftsjahres erfolgt eine Auflösung in Höhe von 2,5 %.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag und Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen und unter Beachtung des HGB in der Fassung des BilMoG. Als Bewertungsmethode wurde, in Anlehnung an die internationalen Standards, die Projected Unit Credit Method (PUC-Methode) verwendet. Bei der Ermittlung wurde der Rechnungszinssatz (5,17 %) gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung berücksichtigt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck verwendet. Zukünftig erwartete Entgelt- und Rentensteigerungen (1,8 %) werden bei der Ermittlung der Verpflichtungen berücksichtigt. Die aufgrund der erstmaligen Anwendung des HGB in der Fassung des BilMoG zum 1. Januar 2010 notwendige Neubewertung der Pensionsverpflichtung führte zu einem höheren Wertansatz der Pensionen. Die Unterschiede, die sich aus der Neubewertung ergaben, werden rätierlich bis zum 31. Dezember 2024 zugeführt und mindestens zu 1/15 jährlich ergebniswirksam angesammelt. Die Zuführung erfolgt in der Gewinn- und Verlustrechnung in der Position „Außerordentliche Aufwendungen“.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit sind auf Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen gemäß IDW-Stellungnahme vom 18. November 1998 in Verbindung mit dem HGB

in der Fassung des BilMoG passiviert. Bei der Ermittlung wurde der Rechnungszinssatz gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung berücksichtigt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck verwendet.

Die Bewertung der Jubiläumsrückstellungen erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen und unter Beachtung des HGB in der Fassung des BilMoG. Als Bewertungsmethode wurde in Anlehnung an die internationalen Standards ebenfalls die Project Unit Credit Method (PUC-Methode) verwendet. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck verwendet.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Bewertung erfolgt jeweils in Höhe des Erfüllungsbetrags, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen abzudecken. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden Zins gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung abgezinst.

Vom Wahlrecht der Beibehaltung von Rückstellungen, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste (Artikel 67 Abs. 1 Satz 2 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch), wurde Gebrauch gemacht. Die Überdeckung der Rückstellungen beträgt am Stichtag 2.447 T€.

Die Bewertungsunterschiede, die sich aus der Erstanwendung des HGB in der Fassung des BilMoG ergeben, sind in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert unter dem Posten „Außerordentliche Aufwendungen“ angegeben.

Latente Steuern werden für sich in folgenden Geschäftsjahren voraussichtlich abbauende Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung wird in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt. Im Falle einer sich insgesamt ergebenden Steuerentlastung (Aktiv-Überhang) wird vom Wahlrecht gemäß § 274 HGB Gebrauch gemacht und auf die Aktivierung verzichtet. Die Aufwendungen oder Erträge, die sich aus der erstmaligen Anwendung des § 274 HGB ergeben, sind unmittelbar mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Die sich ergebenden aktiven und passiven latenten Steuern sind unverrechnet angesetzt.

### 3. Erläuterungen zur Bilanz

#### Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens einschließlich der Abschreibungen im Berichtsjahr 2010 ist im Anlagespiegel „Anlagespiegel der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin, zum 31. Dezember 2010“ dargestellt, der diesem Anhang als Anlage beigelegt ist.

Die Berliner Wasserbetriebe betreiben Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung auf diversen privaten Grundstücken im Ostteil Berlins sowie im Bundesland Brandenburg, ohne dass entsprechende Leitungsrechte in den Grundbüchern eingetragen sind. Das Ingenieurbüro Noorman-Wachs wurde für den Ostteil Berlins sowie das Ingenieurbüro Hagen für das Berliner Umland (Brandenburg) beauftragt, eine Schätzung vorzunehmen. Das Ingenieurbüro Noorman-Wachs hat im September 2008 seine Arbeit abgeschlossen. Ein Grundsatzgutachten zur Erläuterung der Vorgehensweise und zur Beschreibung der zugrunde liegenden Bewertungsprämissen wurde erstellt. Die genaue Analyse führte zu einer deutlichen Senkung der zu erwartenden Ausgleichsverpflichtungen (vgl. auch unter Rückstellungen). Danach hat sich die zu erwartende Ausgleichsverpflichtung 2009 auf ca. 120 Mio. € reduziert.

Nach dem Rahmenvertrag zwischen den Berliner Wasserbetrieben und dem Land Berlin über die Straßenentwässerung vom 1. Juli 1999 trägt das Land Berlin die Kosten für den Bau und die Erweiterung der Straßenentwässerungsanlagen. Dies gilt auch in Bezug auf die Kosten der Sicherung von Leitungsrechten der Berliner Wasserbetriebe durch Belastung der Grundstücke mit entsprechenden Dienstbarkeiten (Ausgleichszahlungen), da es sich insoweit um (nachträgliche) Kosten für den Bau der Anlagen handelt. Erstattungsansprüche gegen das Land Berlin aus dem Rahmenvertrag bestehen aber nur insoweit, als es sich um Kosten der Sicherung von Leitungsrechten für die in dem Ver-

trag bezeichneten Straßenentwässerungsanlagen handelt. Die Kosten der Sicherung von Leitungsrechten für Schmutzwasserkanäle und Trinkwasserversorgungsanlagen haben die Berliner Wasserbetriebe allein zu tragen. Bei sog. Mischwasseranlagen – das sind Anlagen, in denen neben Regenwasser auch Schmutzwasser durchgeleitet und behandelt wird – gilt der Rahmenvertrag sinngemäß, allerdings mit der Besonderheit, dass sich das Land Berlin und die Berliner Wasserbetriebe die Kosten für den Bau der Anlagen im Verhältnis 60 % (Berlin) zu 40 % (Berliner Wasserbetriebe) teilen. Dies gilt wiederum auch in Bezug auf die Kosten der Sicherung von Leitungsrechten der Berliner Wasserbetriebe durch Belastung der Grundstücke mit entsprechenden Dienstbarkeiten (Ausgleichszahlungen).

Mit Senatsbeschluss Nr. S-2096 / 2009 vom 26. Mai 2009 hat das Land Berlin zu Ausgleichsansprüchen nach dem GBBerG für Straßenentwässerungskanäle Folgendes festgelegt:

Das Land ist verpflichtet, den Berliner Wasserbetrieben die Ausgleichszahlungen, zu deren Zahlung die Berliner Wasserbetriebe auf der Grundlage des GBBerG i. V. m. SachenRDV für die grundbuchrechtliche Sicherung von Straßenentwässerungsanlagen auf privaten Grundstücken verpflichtet sind, zu erstatten.

Für die grundbuchrechtliche Sicherung von Anlagen der Straßenentwässerungsanlagen auf Grundstücken des Landes Berlin und des Liegenschaftsfonds werden Ausgleichsansprüche gegen die Berliner Wasserbetriebe nicht geltend gemacht.

Hinsichtlich der im Eigentum weiterer landeseigener Gesellschaften und der Anstalten des öffentlichen Rechts stehenden Grundstücke ist von den Berliner Wasserbetrieben im Einzelfall zu prüfen, ob Ansprüche nach § 9 Abs. 3 GBBerG bestehen.

Nach einer aktuellen Bewertung auf Basis der bereits erfolgten Zahlungen sowie der nunmehr fast abschließenden Gesamtbewertung beträgt der insgesamt zu zahlende Wertausgleich 62,0 Mio. €.

An folgenden Unternehmen sind die Berliner Wasserbetriebe zum Bilanzstichtag beteiligt:

	Eigenkapital des Jahres 2009 T€	Anteil am Eigenkapital %	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres T€
Wasser Nord GmbH & Co. KG, Hohen Neuendorf	6.265	51	278
Wasser Nord Verwaltungs GmbH, Hohen Neuendorf	135	49	3
Klärwerk Wandsdorf GmbH, Wandsdorf	7.786	49	91
GWZ Gas- und Wasserwirtschaftszentrum GmbH & Co. KG, Bonn	237	1	-24
KWB Kompetenzzentrum Wasser Berlin gemeinnützige GmbH, Berlin	-195	13	-541
aquabench GmbH, Hamburg	59	8	-130
Sonderabfallgesellschaft Berlin / Brandenburg Abfallerzeuger GbR, Berlin	378	7	0

## Umlaufvermögen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten im Wesentlichen die Abrechnung von Wasserlieferungen, Entwässerungsleistungen und Hausanschlussarbeiten. In den Forderungen sind noch nicht abgerechnete Wasserabsätze und Entwässerungsleistungen enthalten. Die Berliner Wasserbetriebe ermitteln ihre Umsätze und Forderungen wie branchenüblich anhand einer rollierenden Jahresverbrauchsabrechnung, so dass es zu einer Jahresverbrauchsabgrenzung kommt. Die für das Geschäftsjahr von den Kunden erhaltenen, noch nicht verrechneten Abschlagsbeträge sind als erhaltene Anzahlungen ausgewiesen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, beinhalten kurzfristige sonstige Forderungen aus Kostenerstattungen, Miete und Personalkostenerstattungen sowie sonstigen Dienstleistungen.

Unter den Forderungen gegen den Gewährträger werden zum 31. Dezember 2010 insbesondere die Forderungen für Entgelte aus der Entwässerung öffentlicher Straßen und Plätze (12,2 Mio. €, Vorjahr: 11,2 Mio. €) ausgewiesen. Diese Forderungen sind dem Liefer- und Leistungsverkehr zuzurechnen. Darüber hinaus erfolgt hier der Ausweis von sonstigen Forderungen aus der grundbuchrechtlichen Sicherung von Anlagen der Straßenentwässerungsanlagen (6,7 Mio. €, Vorjahr: 1,6 Mio. €) sowie aus Kostenerstattungen.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen werden nicht abgerechnete Auftragsarbeiten und Zuschüsse, Forderungen aus sonstigen Leistungen, Forderungen an Mitarbeiter und die bereits vollständig wertberichtigte Forderung an die Global Energy Inc. aus der Vorteilsvergütung im Rahmen des Verkaufs der Anteile an der Sekundärrohstoff-Verwertungszentrum Schwarze Pumpe GmbH i.L. ausgewiesen.

## Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind sonstige Vorauszahlungen bilanziert, die Aufwand der folgenden Geschäftsjahre betreffen.

## Aktive latente Steuern

Es handelt sich hierbei um Bewertungsunterschiede zwischen dem Steuerwert und dem handelsrechtlichen Buchwert im Wesentlichen bei den Rückstellungen für Pensionen, Jubiläen,

Altersteilzeit, Urlaub und sonstigen Rückstellungen für Personalaufwand. Die Bewertung der aktiven latenten Steuern erfolgte für die Körperschaftsteuer mit 15,825 % und für die Gewerbesteuer mit 14,35 % für den Betriebsteil Wasserversorgung.

## Eigenkapital

In ihrer Sitzung am 11. Mai 2010 hat die Gewährträgersammlung beschlossen, einen Teil des Bilanzgewinns des Betriebsteiles Wasserversorgung in Höhe von 49.118 T€ (Vorjahr: 36.729 T€) sowie einen Teil des Bilanzgewinns des Betriebsteiles Entwässerung in Höhe von 75.856 T€ (Vorjahr: 73.412 T€) an das Land Berlin auszuschütten. Um die Kontinuität des Zuflusses der Gewinnabführungen der Berliner Wasserbetriebe an den Landeshaushalt Berlins für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 zu gewährleisten, fasste die Gewährträgersammlung den Beschluss, den verbliebenen Teil des gesamten Bilanzgewinns 2009 in Höhe von 7.700 T€ in eine Gewinnrücklage zugunsten des Gesellschafterkontos des Landes einzustellen. Diese soll im Geschäftsjahr 2011 aufgelöst und dem Haushalt zugeführt werden.

In der 5. Änderungsvereinbarung zum Konsortialvertrag wurde zwischen dem Gewährträger und den stillen Gesellschaftern die Bildung einer Gewinnrücklage vereinbart, die auf der in der Tarifikalkulation berücksichtigten Differenz zwischen den Abschreibungen auf Basis der historischen Anschaffungskosten und den Abschreibungen, welche sich auf der Grundlage von Wiederbeschaffungszeitwerten ergeben, basiert. Die Gewinnrücklage wird im Hinblick auf die zu erwartenden steuerlichen Abzüge von jährlich pauschal 60 % der Bemessungsgrundlage (dies entspricht 37.291 T€, Vorjahr: 34.942 T€) gebildet und entfällt mit 18.683 T€ (Vorjahr: 17.506 T€) auf den Gewährträger und mit 18.608 T€ (Vorjahr: 17.436 T€) auf die stillen Gesellschafter.

Die Aufwendungen oder Erträge, die sich aus der erstmaligen Anwendung des § 274 HGB ergeben, sind unmittelbar mit den Gewinnrücklagen (T€ 1.362) verrechnet.

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist in folgendem Eigenkapital-spiegel dargestellt:

	Bestand 01.01.2010 T €	Zuführung 01.01. – 31.12.2010 T €	Entnahmen 01.01. – 31.12.2010 T €	Bestand 31.12.2010 T €
Stammkapital	1.264.000	–	–	1.264.000
davon Anrechnung von Einlagen stiller Gesellschafter	(–514.779)	–	–	(–514.779)
Gewinnrücklage Gewährträger	92.290	25.458	–	117.748
Einlagen stiller Gesellschafter	1.296.966	–	–	1.296.966
Anrechnung auf Stammkapital	–514.779	–	–	–514.779
Gewinnrücklage stiller Gesellschafter	87.031	18.170	–	105.201
Verlustvortrag stiller Gesellschafter	–259.475	–8.140	–	–267.615
Bilanzgewinn	132.675	121.582	–132.675	121.582
	<b>2.098.708</b>	<b>157.070</b>	<b>–132.675</b>	<b>2.123.103</b>

### Sonderposten aus Zuschüssen und Baukostenzuschüsse

Die Zuschüsse für Entwicklungsmaßnahmen des Landes Berlin, Kapitalzuführungen für Regenentwässerungsanlagen sowie Zuschüsse Dritter werden unter den Sonderposten ausgewiesen. Sie werden entsprechend den Nutzungsdauern der Anlagegüter aufgelöst. Zum Bilanzstichtag werden Sonderposten aus Investitionszulagen in Höhe von 236 T€ (Vorjahr: 261 T€) und aus sonstigen Zuschüssen in Höhe von 518.960 T€ (Vorjahr: 499.908 T€) ausgewiesen.

Von Kunden erhaltene Baukostenzuschüsse werden passiviert und mit jährlich 5,0% ertragswirksam aufgelöst. Für Zugänge des Geschäftsjahres erfolgt eine Auflösung in Höhe von 2,5%. Insgesamt werden Baukostenzuschüsse in Höhe von 145.994 T€ (Vorjahr: 144.349 T€) ausgewiesen.

### Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 5.114 T€ (Vorjahr: 4.817 T€) wurden für Verpflichtungen für aktive (933 T€) und ehemalige (4.181 T€) Vorstandsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene auf der Basis der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck gebildet. Für nicht in den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ausgewiesene Beträge verbleibt ein nicht dotierter Teilwert von 11.081 T€ (Vorjahr: 11.218 T€). Darin sind in Höhe von 1.861 T€ (Vorjahr: 1.228 T€) Verpflichtungen gegenüber ehemaligen Organ-

mitgliedern enthalten. Der nicht dotierte Wert aus der Anwendung des § 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB beträgt 1.544 T€.

Bei den Berliner Wasserbetrieben wurde im Jahr 2009 eine steuerliche Außenprüfung für die Jahre 1999 bis 2001 abgeschlossen. Die Prüfungsberichte sind im Oktober 2009, die wesentlichen Steuerbescheide für die stillen Gesellschaften sowie für den BgA Umlandentwässerung sind im Dezember 2009 ergangen. Diverse weitere Steuerbescheide sind seit dem 1. Januar 2010 ergangen. Für die im Betriebsprüfungszeitraum ermittelten Steuernach- und Zinszahlungen wurden 2009 Steuerrückstellungen gebildet. Diese wurden 2010 aufgrund von tatsächlich geleisteten Zahlungen vollständig in Anspruch genommen bzw. die nicht in Anspruch genommenen Beträge aufgelöst. Der Grund für die Abweichungen zwischen den 2009 gebildeten Rückstellungen und den tatsächlich geringer ausfallenden Steuernachzahlungen sowie zwischen den 2009 gebildeten Steuerforderungen und den tatsächlich höher ausfallenden Steuererstattungen liegt im Wesentlichen in einer Senkung des Zinssatzes durch die Finanzverwaltung im Rahmen der Steuerfestsetzung, welcher für die konzerninterne Kapitalüberlassungen zur Anwendung kommt.

Die zum 31. Dezember 2010 ausgewiesenen Steuerrückstellungen umfassen Verpflichtungen aus Gewerbebeertragsteuer für das Geschäftsjahr 2008 und Grundsteuer für die Geschäftsjahre 2005 bis 2010.

Die Berliner Wasserbetriebe betreiben Wasser- und Abwasserleitungsanlagen auf diversen Grundstücken in Berlin, ohne

dass entsprechende Leitungsrechte als Dienstbarkeit in den jeweiligen Grundbüchern eingetragen sind. Die Eigentümer der Grundstücke sind nach § 9 GBBerG i.V.m. SachenRDV zur Duldung der Leitungsanlagen auf ihren Grundstücken verpflichtet. Für die Inanspruchnahme ihrer Grundstücke steht den Eigentümern ein Ausgleich zu. Der Ausgleich bestimmt sich nach dem Betrag, der für ein solches Recht nach den Wertverhältnissen des Jahres 1995 üblich war. Die Gesamtsumme potenzieller Ausgleichszahlungen beläuft sich nach der fast abschließenden Gesamtbewertung und der erfolgten Anpassung aufgrund des vorliegenden Senatsbeschlusses auf 62,0 Mio. €. Zum Bilanzstichtag werden davon noch 20.992 T€ als Rückstellungen für Entschädigungen für Dienstbarkeiten nach § 9 GBBerG (Vorjahr: 54.185 T€) ausgewiesen.

Aufwendungen für Altersteilzeit und Vorruhestand (23.539 T€, Vorjahr: 33.536 T€), Erfüllungsrückstand für abgeschlossene Altersteilzeitverträge (43.102 T€, Vorjahr: 45.147 T€), Sondernutzungsentgelt (17.855 T€, Vorjahr: 23.955 T€), Abwasserabgabe (17.833 T€, Vorjahr: 17.011 T€) sowie Beträge für ausstehende Lieferungen und Leistungen (14.170 T€, Vorjahr: 10.210 T€) werden ebenfalls unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

## Verbindlichkeiten

Die Fristigkeit der Verbindlichkeiten kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

	Gesamt T €	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr T €	von 1 bis 5 Jahre T €	über 5 Jahre T €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.298.136	237.894	431.433	1.628.809
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	793.790	793.790	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.882	20.713	169	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.570	3.570	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	109	109	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber stillen Gesellschaftern	128.209	128.209	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber dem Gewährträger	9.559	3.935	2.045	3.579
Sonstige Verbindlichkeiten	197.465	49.869	52.454	95.142
	<b>3.451.720</b>	<b>1.238.089</b>	<b>486.101</b>	<b>1.727.530</b>

Die Verbindlichkeiten gegenüber den stillen Gesellschaftern enthalten im Wesentlichen die sonstigen Verbindlichkeiten aus Teilgewinnabführung für das Geschäftsjahr 2010. Unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis

besteht, werden vornehmlich Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

Gegenüber dem Gewährträger werden im Wesentlichen sonstige Verbindlichkeiten aus dem Darlehensvertrag einschließlich zum 31. Dezember 2010 abgegrenzter Zinsen, der mit dem IT-Dienstleistungszentrum Berlin geschlossen wurde, (6.258 T€, Vorjahr: 6.780 T€) ausgewiesen.

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten sind u.a. Darlehen für Investitionen (159.509 T€, Vorjahr: 175.142 T€), Verbindlichkeiten aus Steuern (14.189 T€, Vorjahr: 12.953 T€) und Zinsen auf Darlehen (1.395 T€, Vorjahr: 1.513 T€) ausgewiesen.

Es bestehen keine Verbindlichkeiten, die durch Pfand- oder ähnliche Rechte gesichert sind.

### Rechnungsabgrenzungsposten

Für die Einräumung von Erbbaurechten erhaltene Zahlungen wurden als Rechnungsabgrenzungsposten passiviert und linear ertragswirksam über die vereinbarte Laufzeit der Erbbaurechte aufgelöst.

### Passive latente Steuern

Es handelt sich hierbei um Bewertungsunterschiede zwischen dem Steuerwert und dem handelsrechtlichen Buchwert im Wesentlichen bei der Rückstellungsbildung für die Archivierung von Geschäftsunterlagen und der Bilanzierung von Leitungsrechten im Anlagevermögen. Die Bewertung der passiven latenten Steuern erfolgte für die Körperschaftsteuer mit 15,825 % und für die Gewerbeertragsteuer mit 14,35 % für den Betriebsteil Wasserversorgung.

### Sonstige finanzielle Verpflichtungen

	31.12.2010 T €	31.12.2009 T €
Fondsfinanzierung Waßmannsdorf	375.798	434.897
Miet- und Leasingverträge		
– Rolandufer	244.760	259.292
– sonstige Miet- und Leasingverträge	23.021	25.161
Finanzierungszusage Klärwerk Waßmannsdorf	52.300	52.300
Konsortialfinanzierung Klärwerk Wansdorf GmbH, Wansdorf	5.154	5.860
Bestellobligo für Investitionen	148.066	130.987

In den sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind Beträge in Höhe von 672.858 T€ gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten.

## 4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

### Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen

Die Umsatzerlöse betreffen im Wesentlichen Umsätze aus Wasserverkauf (422.329 T€, Vorjahr: 418.317 T€) und Entwässerungsleistungen (746.966 T€, Vorjahr: 743.380 T€).

Umsatzerlöse aus Hausanschlüssen werden in Höhe von 12.117 T€ (Vorjahr: 9.141 T€) ausgewiesen und liegen damit um 2.976 T€ über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

In den aktivierten Eigenleistungen sind 1.121 T€ (Vorjahr: 1.326 T€) Bauzeitinsen enthalten.

### Sonstige betriebliche Erträge

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden insgesamt 94.462 T€ (Vorjahr: 87.640 T€) ausgewiesen. Diese fallen damit um 6.822 T€ höher aus als im Vorjahr. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind neben Erlösen aus der Betriebsführung, aus Weiterberechnungen von Kosten und Leistungen sowie aus der Auflösung von Sonderposten auch periodenfremde Erträge aus

der Auflösung nicht mehr benötigter Wertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von 1.296 T€ (Vorjahr: 1.112 T€) und aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 8.696 T€ (Vorjahr: 3.140 T€) enthalten.

### Materialaufwand

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren beinhalten den Aufwand für den Energiebezug sowie für sonstige Materialien.

In den Aufwendungen für bezogene Leistungen sind neben Fremdleistungen für Informationstechnologie auch Fremdleistungen für Instandhaltung und Entsorgungskosten enthalten.

Unter der Position Materialaufwand erfolgt ebenfalls der Ausweis des Grundwasserentnahmeentgeltes und der Abgabe nach dem Abwasserabgabengesetz.

### Personalaufwand

Im Personalaufwand sind insgesamt Aufwendungen für Altersversorgung von 15.970 T€ (Vorjahr: 16.436 T€) und für Unterstützung von 208 € (Vorjahr: 4 T€) enthalten.

Am 31. Dezember 2010 betrug die Zahl der Mitarbeiter 4.638 (Vorjahr: 4.712). Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich der Personalbestand damit um 74 Beschäftigte bzw. 1,6 %.

Die Zahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt 4.667 gegenüber 4.751 im Vorjahr. Die Mitarbeiter verteilten sich dabei wie folgt:

### Durchschnittliche Zahl Beschäftigte

	31.12.2010	31.12.2009
<b>Beschäftigte</b>	<b>4.667</b>	<b>4.751</b>
davon weibliche Beschäftigte	1.405	1.419
davon männliche Beschäftigte	3.262	3.332

### Abschreibungen

Die Abschreibungen liegen zum 31. Dezember 2010 bei 255,1 Mio. € und damit über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (Vorjahr: 249,5 Mio. €). Es handelt sich ausschließlich um lineare Abschreibungen.

## Sonstige betriebliche Aufwendungen

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind u.a. Gebühren, Mieten, Pachten und Leasingraten (23.475 T€, Vorjahr: 23.362 T€), das seitens des Landes Berlin erhobene Sondernutzungsentgelt (20.408 T€, Vorjahr: 23.955 T€), Post- und Telekommunikationskosten (6.333 T€, Vorjahr: 6.721 T€) sowie Beratungs- und Prüfungskosten (3.891 T€, Vorjahr: 3.627 T€) ausgewiesen.

## Zinsergebnis

Das Zinsergebnis liegt bei –102,3 Mio. € und fällt damit besser aus als im Vorjahr (–104,7 Mio. €).

Aus der Betriebsprüfung 1999 bis 2001 und deren Folgewirkungen ergeben sich 2010 Erträge und Aufwendungen. Daraus resultiert ein positives Zinsergebnis von 2,6 Mio. €. Davon entfallen auf Zinserträge 2,9 Mio. € und auf Zinsaufwendungen 0,3 Mio. €.

## Aufwendungen aus Teilgewinnabführung

Gemäß dem Vertrag über zwei stille Gesellschaften zwischen den Berliner Wasserbetrieben und der Berlinwasser Holding AG vom 29. Oktober 1999 (StG-Vertrag II) wird hier der Ergebnisanteil der Berlinwasser Holding AG ausgewiesen, der zum 31. Dezember 2010 131.992 T€ (Vorjahr: 137.328 T€) beträgt.

## Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Unter den Einkommen- und Ertragsteuern werden Gewerbeertragsteuer mit 9.086 T€ (Vorjahr: –6.389 T€), die Körperschaftsteuer mit 3.757 T€ (Vorjahr: –3.431 T€) sowie die latenten Steuern mit 824 T€ (davon Gewerbeertragsteuer mit 531 T€ und Körperschaftsteuer mit 293 T€) ausgewiesen. Hierbei handelt es sich jeweils um den Saldo aus Steuern für das laufende Berichtsjahr 2010 auf Basis des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und den Ertragsteuererstattungen aus der steuerlichen Außenprüfung für die Jahre 1999 bis 2001 sowie aus den steuerlichen Folgewirkungen der steuerlichen Außenprüfung für die Jahre 2002 bis 2009.

Die laufenden Steuern für 2010 entfallen auf die Gewerbesteuer mit 18.021 T€ sowie auf die Körperschaftsteuer mit 8.915 T€. Die Steuererstattungen aus der steuerlichen Außenprüfung (inkl. Folgewirkungen) entfallen auf die Gewerbesteuer mit 8.935 T€ und auf die Körperschaftsteuer mit 5.158 T€.

## Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 4.848 T€ betreffen die Bewertungsunterschiede, die sich aus der erstmaligen Anwendung des HGB in der Fassung des BilMoG ergeben.

## Einstellung in andere Gewinnrücklagen

In der 5. Änderungsvereinbarung zum Konsortialvertrag wurde zwischen den Gesellschaftern die Bildung einer Gewinnrücklage vereinbart, die auf der in der Tarifikalkulation berücksichtigten Differenz zwischen den Abschreibungen auf Basis der historischen Anschaffungskosten und den Abschreibungen, welche sich auf der Grundlage von Wiederbeschaffungszeitwerten ergeben, basiert. Die Gewinnrücklage wird 2010 in Höhe von 60 % der Bemessungsgrundlage gebildet und beträgt 37.291 T€ (Vorjahr: 34.942 T€).

## Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn in Höhe von 121.582 T€ (Vorjahr: 132.675 T€) wird an das Land Berlin ausgeschüttet.

## 5. Weitere Anhangsangaben

### Organe

#### VORSTAND

Dipl.-Ing., Dipl.-Wirtsch.-Ing. Jörg Simon  
Vorsitzender / Betrieb

Dipl.-Kfm. Frank Bruckmann  
Finanzen

Dr.-Ing. Georg Grunwald  
Technik

Norbert Schmidt  
Personal und Soziales

#### AUFSICHTSRAT – Vertreter der Anteilseigner

Harald Wolf

##### Vorsitzender des Aufsichtsrates

Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen  
des Landes Berlin

Michel Cunnac

Vorsitzender der Geschäftsführung der  
Veolia Wasser GmbH

Philippe Guitard

Vorstand Europa der Veolia Eau-Compagnie  
Générale des Eaux

Christiane Hotz-Firlus

Businesscoach der PRAESTA Deutschland GmbH

Katrin Lompscher

Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz

Ingeborg Neumann

Geschäftsführende Gesellschafterin der  
PEPPERMINT.Holding GmbH

Ralf Zimmermann

Mitglied des Vorstandes der RWE Vertrieb AG

Dr. Knut Zschiedrich

Vorsitzender des Vorstandes der Süwag Energie AG

**AUFSICHTSRAT – Vertreter der Arbeitnehmer**

Lutz Neetzel

**Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates**Vorsitzender des Personalrates Abwasserentsorgung,  
Berliner Wasserbetriebe

Wolfgang Abitz

Leiter Sozialberatung und Mitglied des  
Gesamtpersonalrates, Berliner Wasserbetriebe  
bis 31. Januar 2010

Andreas Bockelmann

Vorsitzender des Personalrates Hauptverwaltung,  
Berliner Wasserbetriebe

Veronika Hannemann

Gewerkschaftssekretärin des Landesbezirks  
Berlin / Brandenburg  
Fachgruppe Wasserwirtschaft, ver.di

Roland Jäschke

Vorsitzender des Personalrates Rohrnetz,  
Berliner Wasserbetriebe

Heinz Kielies

Vorsitzender des Personalrates Werke,  
Berliner Wasserbetriebe

Karsten Malareck

Vorsitzender des Gesamtpersonalrates,  
Berliner Wasserbetriebe

Angela Mentzel

Personalrat Hauptverwaltung und Gesamtschwer-  
behindertenvertreterin, Berliner Wasserbetriebe  
ab 1. Februar 2010

Sabine Thonke

Gesamtfrauenvertreterin, Berliner Wasserbetriebe  
ab 1. Februar 2010

Thomas Thiele

Leiter Infrastruktur, Berliner Wasserbetriebe  
bis 31. Januar 2010**BEIRAT – Vertreterinnen und Vertreter**

Petra Bierwirth

Geschäftsführerin der Kindernachsorgeklinik  
Berlin / Brandenburg gGmbH

Jan Eder

Hauptgeschäftsführer der  
Industrie- und Handelskammer zu Berlin

Jörg Franzen

Mitglied des Vorstandes GESOBAU AG  
ab 1. Dezember 2010

Prof. Dr. Matthias Freude

Präsident des Landesumweltamtes Brandenburg

Prof. Dr. Hartmut Kenneweg

Vorsitzender Schutzgemeinschaft Deutscher Wald  
Landesverband Berlin e.V.

Dr. Andreas Meißner

Naturschutzzentrum Ökowerk Berlin e.V.  
Geschäftsführer

Michael Niestroj

STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH  
Geschäftsführer  
bis 30. November 2010

Dr. Michaela Schmitz

Bundesverband der deutschen Energie- und  
Wasserwirtschaft e.V.  
Leiterin Bereich Wasserwirtschaft

Uwe Stäglin

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin  
Bezirksstadtrat für die Abteilung Bauen, Stadtplanung  
und Naturschutz

Axel Wunschel

Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg e.V.  
Hauptgeschäftsführer

Reiner Wild

Berliner Mieterverein, Landesverband Berlin  
Geschäftsführer  
ab 1. Januar 2010

## Aufwendungen für Organe

	31.12.2010	31.12.2009
Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder	348	410
Bezüge Hinterbliebene eines ehemaligen Geschäftsleiters und eines ehemaligen Vorstandsmitglieds	125	125
Tätigkeit des Aufsichtsrates	99	95
Tätigkeit des Beirates	6	5

Im Rahmen der bestehenden Richtlinien der Berliner Wasserbetriebe wurden zwei Mitgliedern der Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrates unverzinsliche Vorschüsse in Höhe von insgesamt 22 T€ gewährt. Die zwei Vorschüsse sind in 50 bzw. 60 Monatsraten zurückzuzahlen. Zum Stichtag stehen diese noch mit 10 T€ offen. 2010 wurden die Vorschüsse mit 5 T€ getilgt.

Zwei Mitgliedern der Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrates wurden insgesamt drei Annuitätendarlehen in Höhe von insgesamt 17 T€ gewährt.

Ein Darlehen in Höhe von 2 T€, zu einem Zinssatz von 5,19 % p.a., wurde im Juli 2010 mit 1 T€ getilgt.

Ein Darlehen über 8 T€ wurde im Oktober 2010 gewährt. Das Darlehen ist in 44 Monatsraten, bei einem Zinssatz von 2,12 % p.a., bis zum 31. Juli 2014 zurückzuzahlen. Das Darlehen wurde mit 1 T€ getilgt und valuiert mit 7 T€.

Ein weiteres Darlehen über 7 T€ wurde im Mai 2009 gewährt. Das Darlehen ist in 60 Monatsraten bei einem Zinssatz von 3,62 % p.a. bis zum 31. Mai 2014 zurückzuzahlen. 2010 wurden 1 T€ inkl. Zinsen gezahlt, so dass dieses Darlehen zum Stichtag noch mit 5 T€ valuiert.

## Aufteilung der Vorstandsbezüge nach § 18 Abs. 6 BerlBG

	Jörg Simon €	Frank Bruckmann €	Dr. Georg Grunwald €	Norbert Schmidt €	Gesamt €
Gehälter (Jahreseinkommen)	182.787,00	149.553,00	150.000,00	150.000,00	632.340,00
Leistungs- und erfolgsabhängige variable Bezüge auf der Grundlage von Zielvereinbarungen	100.392,48	82.139,58	102.000,00	81.600,00	366.132,06
Pauschale / Zulage	–	–	55.000,00	–	55.000,00
Gewinnbeteiligung	–	–	–	–	–
Aufwandsentschädigung	–	–	–	–	–
Versicherungsentgelte	6.991,70	7.894,81	22.773,29	–	37.659,80
Provisionen und Nebenleistungen jeder Art	6.846,10	6.000,00	7.161,36	–	20.007,46
<b>Gesamt</b>	<b>297.017,28</b>	<b>245.587,39</b>	<b>336.934,65</b>	<b>231.600,00</b>	<b>1.111.139,32</b>

## Angaben nach § 285 Nr. 3 HGB

### FINANZIERUNGSKONZEPT NEUE JÜDENSTRASSE

1996 und 1997 haben die Berliner Wasserbetriebe mit der Immobilien-Vermietungsgesellschaft Schumacher GmbH & Co. Objekt Rolandufer KG Verträge über die Finanzierung und Errichtung von Verwaltungsgebäuden sowie einen Leasingvertrag über Gebäude geschlossen, in denen u.a. die Unternehmenszentrale der Berliner Wasserbetriebe untergebracht ist. Diese Sale-and-lease-back-Transaktion diente der Finanzierung der Errichtung dieser Gebäude. Durch sie wurde der Fremdfinanzierungsrahmen der Berliner Wasserbetriebe nicht durch ansonsten notwendige Darlehensaufnahmen belastet. Die Verträge enden optional 2018 oder 2028. Da es sich wirtschaftlich um Sale-and-lease-back-Geschäfte handelt, bestehen die für diese Geschäfte typischen Vorteile und Risiken.

### FINANZIERUNGSKONZEPT KLÄRWERK WASSMANNSDORF

1996 haben die Berliner Wasserbetriebe mit der TELO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kläranlage Waßmannsdorf KG (TELO) Verträge geschlossen, die wirtschaftlich einer Sale-and-lease-back-Transaktion bezüglich des Klärwerks Waßmannsdorf entsprechen. Die Transaktion diente der Finanzierung der Errichtung der zweiten und dritten Ausbaustufe des Klärwerks. Darüber hinaus floss den Berliner Wasserbetrieben Liquidität in Höhe des Kaufpreises zu, und der Fremdfinanzierungsrahmen der Berliner Wasserbetriebe wurde nicht durch ansonsten notwendige Darlehensaufnahmen belastet. Die TELO hat das Recht, die Kläranlage 2013 zu einem vertraglich festgelegten Preis an die Berliner Wasserbetriebe zu verkaufen. Da es sich wirtschaftlich um Sale-and-lease-back-Geschäfte handelt, bestehen die für diese Geschäfte typischen Vorteile und Risiken.

### HONORARE DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Die Angaben sind entsprechend § 285 Nr. 17 HGB im Konzernabschluss der Berlinwasser Holding AG enthalten.

### GESCHÄFTE MIT NAHESTEHENDEN PERSONEN GEMÄSS § 285 NR. 21 HGB

Art des Geschäftes	verbundene	Art der Beziehung
	Unternehmen	Gesellschafter
	€	€
Betriebsführungserträge	33.672.305,00	
Ingenieurleistungen	-7.189.552,00	
Personalgestellung	-10.826.307,00	
Mieten und Pachten	-14.529.435,00	
IT-Dienstleistungen	-28.954.036,00	
Leasinggebühren	-85.790.775,00	
Entgelte für die Entwässerung öffentlicher Straßen und Plätze		99.510.102,00
Investitionszuschüsse		24.874.362,00
Abwasserabgabe		-11.322.076,00
Sondernutzungsentgelte		-20.408.207,00
Grundwasserentnahmeentgelte		-49.200.000,00
Ausschüttung Bilanzgewinn		-121.582.383,00
Teilgewinnabführung		-131.992.398,00

Sämtliche Umsätze mit verbundenen Unternehmen und nahestehenden Personen im Zusammenhang mit Wasserlieferungen bzw. mit Entwässerungsleistungen sind in der Aufstellung nicht enthalten. Diese Lieferungen bzw. Leistungen werden mit diesen Unternehmen und Personen zu marktüblichen Konditionen abgerechnet.

### Konzernverhältnisse

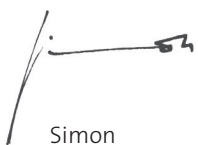
Die Berliner Wasserbetriebe werden in den Konzernabschluss der Berlinwasser Holding AG, Berlin, einbezogen. Der Konzernjahresabschluss der Berlinwasser Holding AG fließt in den Konzernjahresabschluss der RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH, Berlin, ein. Beide Konzernjahresabschlüsse werden beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers veröffentlicht. Die Berlinwasser Holding AG, Berlin, stellt gemäß § 291 Abs. 2 HGB den uns von der Aufstellungspflicht befreienden Konzernjahresabschluss und Konzernlagebericht auf.

## Erklärung des Vorstandes und des Aufsichtsrates der Berliner Wasserbetriebe zu den Empfehlungen des Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat haben auf der Grundlage des Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe eine Erklärung in entsprechender Anwendung des § 161 Aktiengesetz abgegeben; diese Erklärung wurde über das Internet dauerhaft zugänglich gemacht.

Berlin, 12. Mai 2011

Berliner Wasserbetriebe



Simon



Bruckmann



Dr. Grunwald



Schmidt

# Anlagespiegel der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin, zum 31. Dezember 2010 Anlage zum Anhang

## Anschaffungs- und Herstellungskosten

Posten des Anlagevermögens	Anfangsstand zum 1.1.2010	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Endstand zum 31.12.2010
Angaben in €		+	-	+/-	
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	191.950.411,38	7.914.759,69	6.241.854,87	+ 2.242.374,88	195.865.691,08
2. Geleistete Anzahlungen	2.479.669,09	1.478.157,32	-	- 558.798,61	3.399.027,80
<b>Summe Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>194.430.080,47</b>	<b>9.392.917,01</b>	<b>6.241.854,87</b>	<b>+ 1.683.576,27</b>	<b>199.264.718,88</b>
<b>II. Sachanlagen</b>					
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	1.112.008.683,88	5.429.998,86	2.870.850,68	+ 9.829.853,05	1.124.397.685,11
2. Grundstücke mit Wohnbauten	33.980.386,74	8.977,55	89.866,24	+ 131.066,92	34.030.564,97
3. Grundstücke ohne Bauten	17.147.657,15	-	511.446,30	-	16.636.210,85
4. Bauten auf fremden Grundstücken	7.866.117,28	82.092,56	-	+ 162.162,55	8.110.372,39
5. Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen	501.207.358,71	9.284.014,81	15.260.873,20	+ 19.226.963,79	514.457.464,11
6. Wasserverteilungsanlagen	1.738.667.525,90	21.690.561,38	5.603.361,62	+ 39.678.294,40	1.794.433.020,06
7. Abwasserkanäle und -druckrohre	5.417.096.049,63	37.169.648,23	5.870.674,61	+ 80.469.359,69	5.528.864.382,94
8. Abwasserförderungsanlagen	209.111.480,97	1.550.433,49	4.911.844,34	+ 11.194.881,26	216.944.951,38
9. Abwasserreinigungsanlagen	840.096.671,88	6.178.291,49	3.868.773,55	+ 14.842.828,67	857.249.018,49
10. Sonstige technische Anlagen und Maschinen	20.238.970,67	458.754,96	220.795,91	+ 1.006.469,57	21.483.399,29
11. Betriebs- und Geschäftsausstattung	139.037.317,11	6.284.711,45	14.982.196,79	+ 4.622.860,31	134.962.692,08
12. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	314.759.475,36	172.671.438,65	3.025.778,07	- 182.848.316,48	301.556.819,46
<b>Summe Sachanlagen</b>	<b>10.351.217.695,28</b>	<b>260.808.923,43</b>	<b>57.216.461,31</b>	<b>- 1.683.576,27</b>	<b>10.553.126.581,13</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	13.037,94	-	-	-	13.037,94
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.337.713,40	-	-	+ 2.129.807,54	5.467.520,94
3. Beteiligungen	3.220.547,03	-	-	-	3.220.547,03
4. Mitgliedschaften in Zweckverbänden	3.304.402,23	-	-	-	3.304.402,23
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.477,63	-	-	-	1.477,63
6. Sonstige Ausleihungen	2.426.333,87	-	296.526,33	- 2.129.807,54	-
<b>Summe Finanzanlagen</b>	<b>12.303.512,10</b>	<b>-</b>	<b>296.526,33</b>	<b>-</b>	<b>12.006.985,77</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>10.557.951.287,85</b>	<b>270.201.840,44</b>	<b>63.754.842,51</b>	<b>-</b>	<b>10.764.398.285,78</b>

## Abschreibungen

Posten des Anlagevermögens	Anfangsstand zum 1.1.2010	Abschreibungen im Geschäftsjahr	Zuschreibungen	angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 4 ausgewiesenen Abgänge	Umbuchungen	Endstand zum 31.12.2010
Angaben in €		+	-	-	+/-	
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>						
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	78.798.263,85	10.915.563,47	-	740.270,12	+ 5.396,37	88.978.953,57
2. Geleistete Anzahlungen	-	-	-	-	-	-
<b>Summe Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>78.798.263,85</b>	<b>10.915.563,47</b>	<b>-</b>	<b>740.270,12</b>	<b>+ 5.396,37</b>	<b>88.978.953,57</b>
<b>II. Sachanlagen</b>						
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	662.963.017,72	26.377.773,27	-	2.819.085,38	- 302.751,15	686.218.954,46
2. Grundstücke mit Wohnbauten	18.863.166,56	791.014,61	-	1.830,03	+ 0,01	19.652.351,15
3. Grundstücke ohne Bauten	6.265.769,91	66.717,28	-	14.540,12	-	6.317.947,07
4. Bauten auf fremden Grundstücken	5.140.642,55	267.324,68	-	-	-	5.407.967,23
5. Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen	343.961.085,30	19.269.996,04	-	15.253.750,11	+ 5.817,84	347.983.149,07
6. Wasserverteilungsanlagen	882.645.456,66	37.857.519,46	-	4.192.320,37	- 3.611,86	916.307.043,89
7. Abwasserkanäle und -druckrohre	2.147.648.072,90	105.275.731,00	-	3.615.091,47	+ 590.177,26	2.249.898.889,69
8. Abwasserförderungsanlagen	122.065.655,32	11.642.687,88	-	4.724.914,34	- 7.372,80	128.976.056,06
9. Abwasserreinigungsanlagen	633.329.333,69	32.740.651,91	-	3.466.318,25	- 295.796,42	662.307.870,93
10. Sonstige technische Anlagen und Maschinen	13.785.216,66	810.907,62	-	220.164,18	+ 4.355,10	14.380.315,20
11. Betriebs- und Geschäftsausstattung	100.002.728,93	9.093.201,67	-	14.590.824,77	+ 3.807,31	94.508.913,14
12. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	161.347,75	-	-	16,27	- 21,66	161.309,82
<b>Summe Sachanlagen</b>	<b>4.936.831.493,95</b>	<b>244.193.525,42</b>	<b>-</b>	<b>48.898.855,29</b>	<b>- 5.396,37</b>	<b>5.132.120.767,71</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	13.037,94	-	-	-	-	13.037,94
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.337.713,40	-	-	-	-	3.337.713,40
3. Beteiligungen	12.526,65	-	-	-	-	12.526,65
4. Mitgliedschaften in Zweckverbänden	-	-	-	-	-	-
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	-	-	-	-	-	-
6. Sonstige Ausleihungen	-	-	-	-	-	-
<b>Summe Finanzanlagen</b>	<b>3.363.277,99</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>3.363.277,99</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>5.018.993.035,79</b>	<b>255.109.088,89</b>	<b>-</b>	<b>49.639.125,41</b>	<b>-</b>	<b>5.224.462.999,27</b>

## Restbuchwerte

Posten des Anlagevermögens	am Ende des Geschäftsjahres	am Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres
Angaben in €		
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	106.886.737,51	113.152.147,53
2. Geleistete Anzahlungen	3.399.027,80	2.479.669,09
<b>Summe Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>110.285.765,31</b>	<b>115.631.816,62</b>
<b>II. Sachanlagen</b>		
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	438.178.730,65	449.045.666,16
2. Grundstücke mit Wohnbauten	14.378.213,82	15.117.220,18
3. Grundstücke ohne Bauten	10.318.263,78	10.881.887,24
4. Bauten auf fremden Grundstücken	2.702.405,16	2.725.474,73
5. Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen	166.474.315,04	157.246.273,41
6. Wasserverteilungsanlagen	878.125.976,17	856.022.069,24
7. Abwasserkanäle und -druckrohre	3.278.965.493,25	3.269.447.976,73
8. Abwasserförderungsanlagen	87.968.895,32	87.045.825,65
9. Abwasserreinigungsanlagen	194.941.147,56	206.767.338,19
10. Sonstige technische Anlagen und Maschinen	7.103.084,09	6.453.754,01
11. Betriebs- und Geschäftsausstattung	40.453.778,94	39.034.588,18
12. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	301.395.509,64	314.598.127,61
<b>Summe Sachanlagen</b>	<b>5.421.005.813,42</b>	<b>5.414.386.201,33</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	–	–
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.129.807,54	–
3. Beteiligungen	3.208.020,38	3.208.020,38
4. Mitgliedschaften in Zweckverbänden	3.304.402,23	3.304.402,23
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.477,63	1.477,63
6. Sonstige Ausleihungen	–	2.426.333,87
<b>Summe Finanzanlagen</b>	<b>8.643.707,78</b>	<b>8.940.234,11</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>5.539.935.286,51</b>	<b>5.538.958.252,06</b>

# Bestätigungsvermerk

## Bericht zur Nachtragsprüfung gemäß § 316 Abs. 3 HGB Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 und Lagebericht

Den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk haben wir wie folgt erteilt:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend

auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Diese Bestätigung erteilen wir auf Grund unserer pflichtgemäßen, am 28. Januar 2011 abgeschlossenen Abschlussprüfung und unserer Nachtragsprüfung, die sich auf die Änderung des Lageberichts bezog. Auf die Begründung der Änderungen durch die Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts im geänderten Lagebericht wird verwiesen. Die Nachtragsprüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.“

Berlin, den 28. Januar/23. Mai 2011

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Geisler  
Wirtschaftsprüfer

Sternberg  
Wirtschaftsprüfer

# Entsprechenserklärung 2010

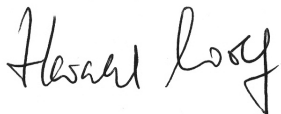
## Entsprechenserklärung von Aufsichtsrat und Vorstand zu den Empfehlungen des Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe AÖR

- (1) Die Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, entspricht den Empfehlungen des vom Aufsichtsrat beschlossenen und auf der Webseite der Gesellschaft bekannt gemachten Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe in der derzeit gültigen Fassung vom 04. März 2010 und hat den Empfehlungen seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung am 04. Januar 2010 entsprochen, mit Ausnahme der unter Punkt 2 genannten Abweichung.
- (2) Die Abweichung vom Kodex ist im Folgenden vollständig benannt:  
Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten gemäß Berliner Betriebe-Gesetz ausschließlich eine feste Vergütung, deren Höhe im Anhang zum Jahresabschluss aufgeführt ist. Eine gesonderte Vergütung der Ausschusstätigkeit wurde nicht vorgenommen (Kodex Ziffer 5.4.4).

Berlin, den 21. Januar 2011

### Für den Aufsichtsrat

Senator Harald Wolf  
Aufsichtsratsvorsitzender



### Für den Vorstand

Jörg Simon  
Vorstandsvorsitzender



Frank Bruckmann  
Mitglied des Vorstandes



## Anlage zur Entsprechenserklärung

### I. ZUSAMMENWIRKEN VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

#### I.1 VERWEIS: ZIFFER 3.1 / 3.5 CGK BWB

■ **Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Vorstand.** ■ **Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch den Vorstand.** ■ **Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten.** Vorstand und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle erforderlichen Informationen und Kenntnisse, die für eine sachgerechte Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlich sind, wurden dem Aufsichtsrat gegenüber offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

#### I.2 VERWEIS: ZIFFER 3.6 CGK BWB

■ **Sitzungen des Aufsichtsrates.** Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung des Vorstandes abgehalten. In der Regel wurden lediglich Tagesordnungspunkte über Personalangelegenheiten ohne Teilnahme des Vorstandes behandelt.

#### I.3 VERWEIS: ZIFFER 3.2 / 3.3 / 4.1.2 CGK BWB

■ **Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch den Vorstand.** ■ **Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschließlich Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat.** Der Vorstand hat die strategische Ausrichtung der Berliner Wasserbetriebe mit dem Aufsichtsrat abgestimmt und ist seinen Berichtspflichten über den Umsetzungsstand regelmäßig in schriftlicher Form nachgekommen. Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung gemäß Satzung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt bzw. den Aufsichtsrat darüber unterrichtet. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsordnung für den Vorstand; sie war ausreichend und bedurfte keiner Ergänzung.

#### I.4 VERWEIS: ZIFFER 3.4 CGK BWB

■ **Bericht des Vorstandes an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance.** ■ **Darstellung der Soll / Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.** Der Vorstand ist der durch den Aufsichtsrat vom 08.06.2005 festgelegten Berichtspflicht regelmäßig, zeitnah und umfassend und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend. Soll / Ist-Vergleiche und Gründe von Abweichungen wurden dem Aufsichtsrat quartalsweise plausibel und nachvollziehbar schriftlich dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

#### I.5 VERWEIS: ZIFFER 3.7 CGK BWB

■ **Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstandes und Aufsichtsrates.** ■ **D&O-Versicherung für Vorstand und Aufsichtsrat.** Vorstand und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstandes bzw. Aufsichtsrates gewahrt. D&O-Versicherungen sind mit Selbstbehalt für Vorstand und Aufsichtsrat abgeschlossen worden.

### II. VORSTAND

#### II.1 VERWEIS: ZIFFER 4.1.1 / 4.1.3 / 4.1.4 CGK BWB

■ **Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben.** ■ **Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance).** ■ **Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.** Der Vorstand hat im Interesse des Unternehmens gedient und an dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen. Die Einführung eines Compliance-Management-Systems

wird derzeit vorbereitet. Der Vorstand hat für ein wirksames und angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling gesorgt.

## II.2 VERWEIS: ZIFFER 4.2.1 CGK BWB

■ **Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand.** ■ **Festlegung Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen.** Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Es wurde ein Vorsitzender des Vorstandes bestimmt. Eine Beschlussmehrheit wurde festgelegt.

## II.3 VERWEIS: ZIFFER 4.2.2 / 4.2.3 / 4.2.4 CGK BWB

■ **Vergütungsregelungen für die Mitglieder des Vorstandes.** ■ **Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder des Vorstandes.** ■ **Veröffentlichung der Einzelvergütung.** ■ **Beachtung der Regularien zum AbfindungsCap.** Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einem fixen Jahresgehalt und einer variablen Erfolgsvergütung zusammen. Der Aufsichtsrat hat die Vergütungsstruktur im Plenum beraten und regelmäßig überprüft (alle 2 Jahre); letztmalig in seiner Sitzung am 17.11.2010. Die variable Erfolgsvergütung basiert auf einer Zielvereinbarung zwischen dem Personalausschuss des Aufsichtsrates und den Vorstandsmitgliedern. Aus übergeordneten Gründen wurde die Anpassung von zwei individuellen Zielen bei einem Vorstandsmitglied notwendig.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates hat die Gewährträgerversammlung über die Grundzüge des Vergütungssystems informiert und die abgeschlossenen Zielvereinbarungen des Vorstandes zur Kenntnis vorgelegt. Die variable Erfolgsvergütung wird für das abgelaufene Geschäftsjahr nach Feststellung des Jahresabschlusses nach Maßgabe der erfüllten Zielvorgaben und der Gesamtpersonalperformance durch den Personalausschuss festgelegt. Bei der Bewertung wird berücksichtigt, dass alle Mitglieder des Vorstandes neben ihrer Tätigkeit bei den Berliner Wasserbetrieben auch dem Vorstand der Berlinwasser Holding AG angehören, folglich eine Doppelfunktion erfüllen. Die Vergütung wird unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Vorstandsmitglieder festgelegt. Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird im Anhang zum Jahresabschluss gemäß § 18 Abs. 6 BerlBG einzeln ausgewiesen. Abfindungszahlungen an vorzeitig ausscheidende Vorstandsmitglieder sind im Geschäftsjahr nicht erfolgt.

## III. AUFSICHTSRAT

### III.1 VERWEIS: ZIFFER 5.1.1 / 5.1.3 CGK BWB

■ **Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat; ggf. weitere Zustimmungsbindungen.** ■ **Geschäftsordnung des Aufsichtsrates.** Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach Maßgabe der Satzung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe wahrgenommen. Er beriet und überwachte den Vorstand bei der Leitung der Berliner Wasserbetriebe. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die Berliner Wasserbetriebe einbezogen. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 19.09.2007 beschlossen, dass die Beauftragung von Beratungsleistungen sowie der Abschluss von Honorarverträgen mit einem Wert von mehr als 500 Tsd. Euro der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung, die am 04.03.2010 konkretisiert wurde.

### III.2 VERWEIS: ZIFFER 5.1.2 CGK BWB

■ **Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern des Vorstandes; Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen.** ■ **Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach / ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.** Der Aufsichtsrat bestellt und beruft die Mitglieder des Vorstandes ab. Der Aufsichtsrat hat eine Altershöchstgrenze des Eintrittsalters von 63 Lebensjahren für die Vorstandsmitglieder festgelegt; 68 Lebensjahre sollten nicht überschritten werden.

Am 04.03.2010 wurde die Wiederbestellung eines Vorstandsmitgliedes für die Dauer von fünf Jahren ab dem 01.01.2011 beschlossen; diese wurde somit nicht vor Ablauf eines Jahres vor dem Ende der Bestelldauer ausgesprochen. Gemäß § 11 Abs. 8 Berliner Betriebe-Gesetz steht dem Personalausschuss Entscheidungsbefugnis über den Abschluss, die Änderung und die Beendigung von Verträgen und Nebenabreden mit Mitgliedern des Vorstandes zu.

### III.3 VERWEIS: ZIFFER 5.2 CGK BWB

■ **Zusammenarbeit Vorstand / Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse.** ■ **Unterrichtung des Aufsichtsrates über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen.** Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Der Vorstand hat den Aufsichtsratsvorsitzenden über alle wichtigen Angelegenheiten unverzüglich unterrichtet. Es wurde eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung einberufen. Der Aufsichtsrat wurde durch den Aufsichtsratsvorsitzenden in den regulären Sitzungen des Aufsichtsrates über wichtige Ereignisse unterrichtet.

### III.4 VERWEIS: ZIFFER 5.2 / 5.3.1 / 5.3.2 / 5.3.4 CGK BWB

■ **Ausschüsse des Aufsichtsrates; Besetzung und Entscheidungskompetenzen.** Der Aufsichtsrat hat zur Steigerung seiner Effizienz folgende Ausschüsse gebildet: Wirtschafts- und Prüfungsausschuss (Audit Committee) sowie einen Personalausschuss. Der Aufsichtsratsvorsitzende war nicht Vorsitzender des Wirtschafts- und Prüfungsausschusses (Audit Committee); Vorsitzender war auch kein ehemaliges Mitglied des Vorstandes. Der Prüfungsausschuss (Audit Committee) befasst sich in beratender Funktion mit der Prüfung der Rechnungslegung; der Prüfung des Risikomanagements; der Prüfung der Compliance; der Prüfung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers; der Erteilung des Prüfungsauftrages an den Abschlussprüfer sowie der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Vereinbarung des Honorars mit dem Abschlussprüfer.

Gemäß § 11 Abs. 8 des Berliner Betriebe-Gesetzes entscheidet der Personalausschuss über Anstellungsverträge und Nebenabreden und Zielvereinbarungen von Vorstandsmitgliedern.

Weitere Entscheidungskompetenzen in andere Ausschüsse wurden nicht übertragen. Das Plenum des Aufsichtsrates wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen regelmäßig unterrichtet.

### III.5 VERWEIS: ZIFFER 5.4.1 / 5.4.2 / 5.4.3 / 5.4.5 CGK BWB

■ **Wahrnehmung der Aufgaben der Mitglieder des Aufsichtsrates.** ■ **Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen.** ■ **Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates.** ■ **Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern.** Der Aufsichtsrat hat ein Mitglied mit vertieften Kenntnissen im Bereich Finanz- und Rechnungswesen zum Financial Expert gewählt; ehemalige Mitglieder des Vorstandes gehören dem Aufsichtsrat nicht an. Der Aufsichtsrat hat eine Altershöchstgrenze des Eintrittsalters von 70 Lebensjahren für die Mitglieder des Aufsichtsrates festgelegt; 75 Lebensjahre sollten nicht überschritten werden. Von dieser Regelung kann jedoch in begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt, wobei die Unternehmen der RWE- und der Veolia-Gruppe nicht als Wettbewerber in diesem Sinne zu betrachten sind.

Die Vergütung des Aufsichtsrates wurde durch die Gewährträgerversammlung festgelegt. Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder beinhaltet nur eine feste Vergütungskomponente. Vorsitz und stellvertretender Vorsitz wurden entsprechend berücksichtigt. Eine gesonderte Vergütung der Ausschusstätigkeit wurde nicht vorgenommen. Die Gesamtvergütungen ergaben sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

### III.6 VERWEIS: ZIFFER 5.4.5 / 5.6 CGK BWB

■ **Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrates.** Es hat kein Aufsichtsratsmitglied an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

Die abwesenden Aufsichtsratsmitglieder hatten die Möglichkeit, an den Beschlussfassungen des Aufsichtsrates oder seiner Ausschüsse durch die Überreichung schriftlicher Stimmabgaben teilzunehmen. Der Aufsichtsrat befasst sich regelmäßig (alle 2 Jahre) mit der Effizienz seiner Tätigkeit. Er hat sich zuletzt in seiner Sitzung am 06.10.2010 mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst.

#### IV. INTERESSENKONFLIKTE

##### IV.1 VERWEIS: ZIFFER 4.3.1 / 4.3.2 CGK BWB

■ **Wettbewerbsverbot für Mitglieder des Vorstandes.** ■ **Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung des Vorstandes.** Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten der Berliner Wasserbetriebe bekannt geworden. Allerdings wurde ein Ermittlungsverfahren gegen eine Beschäftigte wegen des Verdachts der Vorteilsgewährung eingeleitet.

##### IV.2 VERWEIS: ZIFFER 4.3.3 / 5.5.1 CGK BWB

■ **Wahrung des Unternehmensinteresses.** ■ **Persönliche Interessen.** Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

##### IV.3 VERWEIS: ZIFFER 4.3.4 / 5.5.2 / 5.5.3 CGK BWB

■ **Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates.** Der Vorsitzende des Aufsichtsrates hat zur Umgehung eines möglichen Interessenkonfliktes und zur Wahrung seiner Unabhängigkeit als oberster Dienstherr der Landeskartellbehörde eine Preisprüfungskontrolle des Landeskartellamtes auf die Angemessenheit der Berliner Wasserpreise an das Bundeskartellamt übergeben. Ein wesentlicher und nicht nur vorübergehender Interessenkonflikt beim Vorsitzenden des Aufsichtsrates besteht nicht. Bei den anderen Mitgliedern des Aufsichtsrates und des Vorstandes bestanden keine Interessenkonflikte.

##### IV.4 VERWEIS: ZIFFER 4.3.4 / 5.5.4 CGK BWB

■ **Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren / mittelbaren Ebene des Vorstandes.** ■ **Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrates.** Geschäfte mit den Berliner Wasserbetrieben durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen lagen nicht vor. Es wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit den Berliner Wasserbetrieben abgeschlossen. Der Aufsichtsrat hat keine auf

Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

##### IV.5 VERWEIS: ZIFFER 4.3.5 CGK BWB

■ **Nebentätigkeiten von Mitgliedern des Vorstandes.** Die Vorstandsmitglieder haben Nebentätigkeiten ausgeübt, die im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Vorstandsmitglieder der Berliner Wasserbetriebe stehen. Diese Nebentätigkeiten wurden dem Aufsichtsratsvorsitzenden zur Zustimmung vorgelegt. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat über die Genehmigung von Nebentätigkeiten im Aufsichtsrat berichtet.

Darüber hinaus wurde dem Aufsichtsrat eine aktuelle Übersicht aller Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2010 zur Kenntnis gereicht.

##### IV.6 VERWEIS: ZIFFER 3.8 CGK BWB

■ **Gewährung von Krediten an Mitglieder des Vorstandes und an Mitglieder des Aufsichtsrates und Angehörige.** Den Mitgliedern des Vorstandes und den Mitgliedern des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt. Arbeitnehmervertreter/-innen der Berliner Wasserbetriebe im Aufsichtsrat sind gemäß dem Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe von der Regelung ausgenommen; ihnen werden die den übrigen Beschäftigten eingeräumten Konditionen gewährt.

#### V. TRANSPARENZ

##### V.1+2 VERWEIS: ZIFFER 6 CGK BWB

■ **Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung / für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf.** ■ **Informationen über das Unternehmen im Internet.** Der Aufsichtsrat wurde über Tatsachen im Tätigkeitsbereich der Berliner Wasserbetriebe, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, unverzüglich unterrichtet. Unternehmensinformationen (z.B. der Geschäftsbericht) wurden auch über Internet unter [www.berlinerwasserbetriebe.de](http://www.berlinerwasserbetriebe.de) veröffentlicht.

## VI. RECHNUNGSLEGUNG

### VI.1 VERWEIS: ZIFFER 7.1.1 / 7.1.2 / 7.1.3 CGK BWB

■ [Fristen für Jahresabschluss \(90 Tage nach Geschäftsjahresende\) und Zwischenberichte \(45 Tage nach Ende des Berichtszeitraums\) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen.](#) Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den rechtlich anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen (geprüfter Jahresabschluss 90 Tage nach Geschäftsjahresende, Zwischenberichte 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraumes) den Gesellschaftern vorgelegt. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen der Berliner Wasserbetriebe auf.

## VII. ABSCHLUSSPRÜFUNG

### VII.1 VERWEIS: ZIFFER 7.2.1 CGK BWB

■ [Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits.](#) ■ [Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt.](#) ■ [Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender / entstehender Befangenheitsgründe.](#) Die Gewährträgersammlung und der Aufsichtsrat haben vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und den Berliner Wasserbetrieben / seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgebracht.

### VII.2 VERWEIS: ZIFFER 7.2.2 CGK BWB

■ [Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung.](#) Der Aufsichtsrat hat nach einem europaweiten Aus-

schreibungsverfahren – in Abstimmung mit dem Rechnungshof von Berlin – der Gewährträgersammlung den zu bestellenden Abschlussprüfer vorgeschlagen und mit ihm nach der Bestellung die Honorarvereinbarung getroffen. Die Höhe des Honorars ist dem Aufsichtsrat bekannt.

### VII.3 VERWEIS: ZIFFER 7.2.1 CGK BWB

■ [Unterrichtung des Aufsichtsrates durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung.](#) ■ [Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe ergeben.](#) Der Abschlussprüfer hat bestätigt, über alle für den Aufsichtsrat wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich zu berichten. Der Abschlussprüfer hat ferner bestätigt, den Aufsichtsrat zu informieren, wenn er bei der Durchführung seiner Prüfungen Tatsachen feststellt, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe ergeben.

### VII.4 VERWEIS: ZIFFER 7.2.4 CGK BWB

■ [Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss.](#) Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss 2009 teilgenommen und hat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Er wird auch an den Beratungen für den Jahresabschluss 2010 teilnehmen.

## Berliner Wasserbetriebe auf einen Blick

		31.12.10	31.12.09	31.12.08	31.12.07	31.12.06	31.12.05	31.12.04
<b>Bilanz</b>								
Bilanzsumme	Mio. €	6 444	6 485	6 411	7 412	7 235	7 507	7 409
Gezeichnetes Kapital	Mio. €	1 264	1 264	1 264	1 790	1 790	1 790	1 790
Eigenkapital	Mio. €	2 123	2 099	2 050	2 593	2 499	2 467	2 426
Fremdkapital	Mio. €	4 321	4 386	4 361	4 819	4 736	5 040	4 983
Anlagevermögen								
Restbuchwerte	Mio. €	5 540	5 539	5 568	6 272	6 253	6 576	6 520
Anschaffungswerte	Mio. €	10 764	10 558	10 387	10 883	10 649	10 806	10 566
Investitionen	Mio. €	270	278	291	283	293	298	366
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>		2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse aus								
Wasserverkauf	Mio. €	422	418	416	396	424	404	393
Entwässerungsleistungen	Mio. €	747	743	731	699	680	679	647
Gesamtleistung	Mio. €	1 338	1 325	1 303	1 322	1 258	1 234	1 228
Personalaufwand	Mio. €	257	259	260	260	259	266	265
Abschreibungen	Mio. €	255	250	246	256	238	230	233
Betriebliche Aufwendungen insgesamt	Mio. €	925	925	894	906	898	888	888
Finanzergebnis	Mio. €	-102	-105	-111	-20	-96	-112	-109
Außerordentliches Ergebnis	Mio. €	-5	0	0	0	3	8	-21
Jahresüberschuss	Mio. €	159	168	140	177	98	85	62
<b>Betriebsteil Wasserversorgung</b>		2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Wasserwerke		9	9	9	9	9	9	9
Kapazität der Werke	1 000 m <sup>3</sup> / Tag	1 100	1 100	1 140	1 140	1 140	1 140	1 140
Wasserförderung	Mio. m <sup>3</sup>	203	201	201	200	209	206	209
Wasserverkauf	Mio. m <sup>3</sup>	193	192	193	193	202	197	201
Rohrnetz	km	7 886	7 889	7 888	7 875	7 857	7 843	7 830
Hausanschlüsse	1 000 Stück	277	279	271	267	262	258	254
<b>Betriebsteil Entwässerung</b>		2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Grundstücksanschlüsse	1 000 Stück	267	269	264	260	254	233	225
Klärwerke		4	4	4	4	4	4	4
Klärwerke (im Auftrag Dritter betrieben)		2	2	2	2	2	2	2
Klärwerke gesamt		6	6	6	6	6	6	6
Abwasserreinigung	Mio. m <sup>3</sup>	233	227	228	233	224	227	232
Abwasserreinigung (im Auftrag Dritter)	Mio. m <sup>3</sup>	7	7	7	8	7	7	7
Abwasserreinigung gesamt	Mio. m <sup>3</sup>	240	234	235	241	231	234	239
Entwässerungsleistung	Mio. m <sup>3</sup>	204	204	205	205	209	208	209
Abwasserkanäle								
Schmutzwasserkanäle	km	4 309	4 294	4 272	4 237	4 206	4 178	4 154
Mischwasserkanäle	km	1 915	1 915	1 914	1 904	1 908	1 902	1 902
Regenwasserkanäle	km	3 279	3 264	3 252	3 230	3 218	3 212	3 206
Sonderkanäle	km	68	68	68	68	68	68	68
Insgesamt	km	9 571	9 541	9 506	9 439	9 400	9 360	9 330
Abwasserpumpwerke	km	150	150	148	147	147	147	145
Druckrohrnetz	km	1 154	1 173	1 146	1 132	1 127	1 124	1 109